



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 23.

Berlin, den 2. September 1917.

12. Jahrgang.

Das Prinzip der Prinziplosigkeit. — Demokratische Karrikaturen.

Berlin, den 28. August 1917.

Der Friedensnote des Papstes ist bis jetzt das Schicksal beschieden, das wir ihr in der vorigen Nummer vorausgesagt haben. Die Regierungen haben zunächst mit höflichen, unverbindlichen Redensarten darüber quittiert und jetzt drücken sie über der Antwort, die auf allen Seiten weder Fisch noch Fleisch sein wird. Es sei denn, daß ein Wunder geschähe und den auf allen Seiten zur Schau getragenen Kriegs- und Siegeswillen der Regierungen in einen ehrlichen und tatbereiten Friedenswillen verwandeln würde. Aber wir sind nicht wundergläubig und erwarten daher auch von der Papstnote keine Wunderwirkung. Immerhin hat bei uns in Deutschland die Friedensbotschaft des Papstes die Demokratie ein gut Stück weiter gebracht. Aber beileibe nicht nach vorwärts und aufwärts, sondern immer mehr in Sumpf und Nebel hinein. Freilich, wenn man das Toben und Wüten in der konservativen und alldeutschen Presse hört und die demokratischen Tiraden in der Presse der Reichstagsmehrheit liest, dann können politische Kinder meinen, der deutsche Staatskarron rolle nun wirklich auf der demokratischen Straße dahin. Schaut man aber näher hin, so studiert besagter Karron noch genau so auf dem Knüppeldamm einher wie zuvor.

Der deutsche Reichstag ist in seiner Gesamtheit noch immer nicht zusammengetreten. Die politischen Geschicke des deutschen Volkes werden zunächst im Hauptausschuß gedeckelt, dessen wichtigste Verhandlungen zum Teil vertraulichen Charakter haben. Das halten die Herren Parlamentarier und Journalisten ganz in der Ordnung, obwohl sie sich über die Geheimhaltungen der italienischen und französischen Kammer nicht lustig genug machen konnten. Am 21. August sprach der Reichskanzler Dr. Michaelis ein paar inhaltlose Sätze über die Papstnote und erklärte, die Antwort der deutschen Regierung werde nach Verständigung mit den Bundesgenossen formuliert werden. Er versprach aber, in einer besonderen Form Fühlung mit dem Reichstagsausschuß zu nehmen. Wäre es den Herren von der Reichstagsmehrheit und vor allem den Herren Regierungssozialisten wirklich ernst um den Frieden und die Demokratie gewesen, so hätten sie sagen müssen: „Schön, mögen die verbündeten Regierungen über die Antwort an den Papst brüten. Zunächst aber wollen wir hier einmal klar und deutlich sagen, was wir von der Anregung des Papstes halten und was wir darauf zu erwidern haben. Je klarer und deutlicher wir uns aussprechen, desto mehr Richtlinien werden die Regierungen für ihre Antwort haben.“ Das fiel den Herren Mehrheitsparlamentariern gar nicht ein. Die Fraktionsführer waren schon vorher zum Reichskanzler geladen und mit allerlei vertraulichen Informationen vollgepfropft worden. Die Fraktionen legten sich freiwillig den Maulkorb an, und der tapferste Vorkämpfer für Demokratie und Parlamentarisierung, der Häuptling der regierungssozialistischen Kämpferschar, Herr Ebert, erklärte feierlich, man müsse dem begreiflichen Wunsche der Regierung nach einer Verständigung mit den Bundesgenossen Rechnung tragen und auf eine Besprechung der Papstnote verzichten. Nur Genosse Ledebour protestierte gegen diesen freiwilligen Verzicht auf demokratische Rechte. Es half aber nichts, die Mehrheit tat dem Reichskanzler den Willen. Der „Vorwärts“ aber erklärte diese prinzipielle Prinziplosigkeit für durchaus in der Ordnung und erklärte siegesgewiß, die vom Reichskanzler in Aussicht genommene Fühlungnahme mit dem Hauptausschuß schließe Eigenmächtigkeiten der Regierung vollständig aus, die

sich nach Lage der Dinge auch von selbst verbieten würden.

Das hindert aber nicht, daß es tags darauf zu einem großen Kladderadatsch zwischen Reichskanzler und Reichstagsmehrheit kam. Im Lauf der Verhandlungen des Hauptausschusses erklärte Herr Dr. Michaelis auf einmal, er habe niemals gesagt, daß er auf dem Boden der vom Juliblock beschlossenen Friedensresolution stehe.

Beiläufig sei hier noch eingeschaltet: Ungefähr um dieselbe Zeit hielt der Kaiser eine Rede an Truppen in Flandern, in der er u. a. den sittlichen Ernst der deutschen Weltanschauung gegenüber der englischen und französischen rühmte. Weiter sagte der Kaiser, daß das deutsche Heer sich solange schlagen werde, bis der Gegner genug habe und daß solange gefochten werden müsse, bis England niedergeworfen sei.

Die Erklärung des Reichskanzlers brachte die Herren Parlamentarier in Aufregung. Wer verzichtet auch gern auf schöne Illusionen? Die Verhandlungen wurden schöngefraktionelle und interfraktionelle Besprechungen wurden abgehalten. Es hatte den Anschein, als ob die parlamentarische Revolution der Julitage eine zweite Erhebung der mannhaften Demokratie im August zur Folge haben werde. Aber die Herren dachten gar nicht daran, die einzig richtige Konsequenz aus den gegebenen Tatsachen, die durch die Erklärung des Reichskanzlers nun blühend erleuchtet worden sind, zu ziehen. Auf beiden Seiten gab man diplomatischen Erwägungen Raum, jeder scheute vor einem Konflikt zurück und ließ geschäftige Unterhändler hinüber und herüber in die feindlichen Lager gehen. Und so wurde denn die Krise sorgsam verkleistert. Herr Dr. Michaelis versicherte, daß er jetzt wieder vollständig auf dem Boden der Friedensresolution der Reichstagsmehrheit stehe, während Herr Ebert eine wortreiche Erklärung vorlas, die auf den alten Alerikerspruch: dixi et salvavi animam meam (ich habe gesprochen und meine Seele gerettet) hinauslief.

Nun herrschte wieder Freude in Trojas Hallen. Beim Reichskanzler war es nur „ein falscher Zungenschlag“, bei der Mehrheit nur „Missverständnis“ gewesen. Als Versöhnungsgeschenk aber brachte Herr Dr. Michaelis eine Konzession an die Demokratie — so wie er sie versteht — dar. Er will eine Art parlamentarischen Staatsrat schaffen, in dem das Parlament in Fragen der auswärtigen Politik mitwirken darf. Wobei aber sogleich betont werden muß, daß es sich nur um eine reine Statistenrolle handelt. Es wird eine „freie Kommission“, so heißt dieses neue demokratische Gewächs, gebildet werden, in der sieben Mitglieder des Hauptausschusses und sieben Mitglieder des Bundesrates sitzen. Diese Herren werden in die tiefsten Staatsgeheimnisse eingeweiht werden. Aber es hängt von den Anweisungen einer hohen Regierung ab, ob sie ihr Wissen ihren Fraktionen mitteilen dürfen oder ob sie es in ihres Herzens Schrein bewahren müssen. An das demos, das Volk draußen, denkt natürlich weder die Regierung noch die Herren Parlamentarier, die sich mit diesem Geschenk beglücken lassen. Die unselbige Geheimdienstomatie, die die Regierungssozialisten mit aller Energie zu bekämpfen vorgeben, bekommt dadurch einen parlamentarischen Schamschutz vorgehängt. Doch wir wollen gerecht sein. Der „Vorwärts“ schrieb über diese „freie Kommission“ des Reichskanzlers:

„Schlimm ist es allerdings, daß der deutsche Reichskanzler zunächst noch über diesen holperigen Nebenweg

fahren muß, bevor er auf der gepflasterten Heerstraße des Parlamentarismus landet. Das Schlimmste daran, daß dem neuen Zustand immer etwas Unwahrscheinliches, Zweideutiges, Zwitterhaftes anhaften wird, um nicht geradewegs zu sagen, etwas Verlogenes. Ein System wird geschaffen halb der Macht ohne Verantwortung, halb Verantwortung ohne Macht. Die Mehrheitsvertreter sollen sich aber hüten, die Verantwortung für etwas zu übernehmen, was sie nicht Macht genug haben zu verhindern.“

Man sollte meinen, daß jeder ehrliche und aufrechte Demokrat sich ganz entschieden dafür bedanken würde, in eine so „unwahrscheinliche, zweideutige, zwitterhafte und verlogene“ Einrichtung einzutreten. Weit gefehlt! Auch hier hat das Prinzip der Prinziplosigkeit gesiegt. Dieser Tage konnte man lesen, daß die Herren Ebert und Scheidemann dieser „freien Kommission“ angehören und daß die Herren David und Mollenhuth ihre Stellvertreter sind!

Muß man da nicht von demokratischen Karrikaturen reden?

Kulissengeschichten.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das parteiamtliche Blatt der Nationalliberalen, erzählt folgendes über die Vorgänge hinter den Kulissen in der Zeit des Konfliktes mit dem Reichskanzler:

„Das „Berliner Tageblatt“ und die ihm gesinnungsverwandte Presse verfolgen die durchsichtige Taktik, die Mehrheitsparteien des Reichstages als einen festen und machtvollen Block hinzustellen, dem sich der Reichskanzler bedingungslos unterwerfen müsse. In besonders aufdringlicher Weise tritt diese Taktik in der Donnerstag-Abendausgabe des „Berliner Tageblatts“ hervor. Es ist dort von einem Ultimatum die Rede, das Herr v. Payer im Auftrage der Mehrheitsparteien dem Reichskanzler überbracht habe und das von diesem widerstandslos angenommen worden sei. Es handelt sich dabei um vollkommen vertrauliche Vorgänge, die das „Berliner Tageblatt“ hier einer Besprechung unterzieht.

Es geschieht dies zudem mit einer derartig falschen und wahrheitswidrigen Darstellung, daß man gezwungen ist, sie zu berichtigen, ohne Rücksicht auf die Vertraulichkeit der in Betracht kommenden Vorgänge. Wie wir aus durchaus glaubwürdiger, zuverlässiger Quelle erfahren, ist von einem Ultimatum im Verlaufe der kürzlichen Ausschußkrisis niemals die Rede gewesen. Vielmehr hat Herr v. Payer nach der ersten Erklärung des Reichskanzlers den Versuch gemacht, eine freundschaftliche Aussprache herbeizuführen. Im Verlaufe dieser Aussprache hat sich Herr v. Payer mit dem Reichskanzler in demselben Sinne verständigt, in dem Dr. Michaelis seine zweite Erklärung abgegeben hat, d. h. er hat sich von Dr. Michaelis überzeugen lassen, daß der Reichskanzler mit seiner Erklärung im Hauptausschuß sich nicht in Gegensatz zu seiner ersten Erklärung in der Reichstags-Sitzung habe stellen wollen. Während dieser Aussprache ist in einer Vertreter Sitzung der Mehrheitsparteien jene Erklärung zustande gekommen, die dann der Abg. Ebert nach der Pause im Ausschuß verlesen hat. Selbstverständlich trat nun ein scharfer Gegensatz hervor zwischen dieser Erklärung und der Separatverständigung, die auch vorher zwischen dem Reichskanzler und Herrn v. Payer zustande gekommen war.

Um diesen Widerspruch zu beseitigen, kam es nunmehr zu stürmischen Verhandlungen im Schoße der Mehrheitsparteien. Das „Berliner Tageblatt“ sucht diesen Umstand dadurch zu verdecken, daß es behauptet, die Erklärung Eberts sei zuerst unbemerkt an dem Hauptausschuß vorüber-

gegangen und erst durch die Veröffentlichung Herrn v. Payer aufgefallen. Diese Darstellung ist durchaus unzutreffend; vielmehr hat Herr v. Payer sofort eine Aussprache mit dem Abg. Ebert herbeigeführt, und er hat die anfängliche Weigerung der Sozialdemokraten, die Erklärung zurückzuziehen, seinerseits mit der Drohung beantwortet, den Vorschlag in dem Block der Mehrheitsparteien niederzulegen. Es ist also zu einer außerordentlichen scharfen Krise innerhalb der Mehrheitsparteien gekommen, und erst das entschiedene Auftreten des Herrn v. Payer gegen den eigenmächtigen Ton der Sozialdemokraten hat den Abg. Ebert dazu veranlaßt, dann den ersten Teil der Erklärung zurückzuziehen. Das ist der tatsächliche Verlauf der Vorgänge. Er beweist, daß der Block alles andere als in sich vollkommen geschlossen aufgetreten ist, und er beweist weiter, daß man dort offenbar es auch nicht darauf ankommen lassen will, einen Konflikt um deswillen herbeizuführen. Die Darstellung, die das Berliner Tageblatt gegeben hat, stellt also den tatsächlichen Stand der Dinge auf den Kopf.

Der unabhängige Zeitungsdienst bemerkt mit Recht zu dieser Kulliffengeschichte:

„Die Geschichte ist sehr spaßhaft: zuerst kriegt der Block den Reichskanzler unter, dann der Reichskanzler Herrn Payer und dann Herr Payer den Sozialpatriotenführer Ebert und zuletzt löst sich alles in ein großes Mißverständnis auf. Und doch ein glänzender Sieg des einzigen Blocks! — Kein Wunder, wenn das den Spott der Nichtblockgläubigen herausfordert. Einigkeit im Block — sie besteht ja noch nicht in den einzelnen Blockparteien! Bei keiner. Im Zentrum gibts keine Einigkeit über die Kriegsziele, rheinische, bayerische und schlesische Annexionisten rennen Sturm gegen die Blockresolution. Bei den Fortschrittler gibts gleichfalls eifrige Annexionisten und bei den Nationalliberalen will man wieder nichts von dem „Parlamentarismus“ der Fortschrittler und Regierungssozialisten wissen. Daß bei den Regierungssozialisten eine starke Minorität mit der Politik der Scheidemann-David-Ebert nicht einverstanden ist, weiß auch alle Welt. Wo soll da Einigkeit im Block herkommen. Er schleppt mühselig von Kompromiß zu Kompromiß und wird noch manchen Sturm hinter den Kulissen erleben.“

Bethmann-Hollwegs Kriegsziele im Januar 1917.

Die „Deutsche Tageszeitung“ druckte dieser Tage ohne Bemerkungen den folgenden vom „Daily Telegraph“ veröffentlichten Auszug aus dem Buche des ehemaligen amerikanischen Gesandten in Berlin, Gerard, ab:

„Von dem Augenblick an, wo ich mit Bethmann-Hollweg zum ersten Male über den Frieden sprach, fragte ich ihn und andere Persönlichkeiten, wie die deutschen Friedensbedingungen ausfallen würden. Nie hat mir einer von diesen Leuten etwas Endgültiges über die deutschen Friedensbedingungen mitgeteilt. Bei verschiedenen Gelegenheiten habe ich den Kanzler gefragt, ob Deutschland bereit sei, Belgien zu räumen. Stets antwortete er ja, aber unter Bürgschaften.“

Im Januar 1917 sprach ich wieder mit ihm über den Frieden und bat ihn, mir zu sagen, worin denn diese Bürgschaften liegen müßten. Er sagte, wir müssen möglichst die Festungen Vütich und Namur behalten und auch noch andere Forts und Festungen sowie Garnisonen in unseren Besitz bringen. Wir müssen die Eisenbahnverbindungen der Häfen in unseren Händen halten, ferner auch die übrigen Transportmittel beherrschen. Belgien darf kein Heer behalten, wir aber müssen eine starke Armee in Belgien halten dürfen. Auch auf dem Gebiete des Handels müssen wir Belgien unter unserer Kontrolle halten. Ich erwiderte: Sie haben nicht allzuviel für die Belgier selbst übrig gelassen, höchstens, daß der König wieder in Brüssel wohnen und sich eine Ehrengarde halten darf. Der Kanzler entgegnete: Wir können nicht dulden, daß Belgien ein Vorposten Englands wird, worauf ich sagte: England wird auch nicht dulden, daß Belgien ein deutscher Vorposten werde, um so mehr, da Tirpitz erklärt habe, daß die flandrische Küste in deutschen Händen bleiben müsse, um den Krieg gegen England und Amerika führen zu können.

Und was soll mit Nordfrankreich geschehen? fragte ich. Bethmann-Hollweg: Wir müssen auch dort sehr bedeutende Verbesserungen unserer Grenzen erzielen.

Und Rumänien? war meine Frage. Antwort: Wir wollen es Bulgarien überlassen. Die Bulgaren können sich mit den Rumänen auseinandersetzen.

Frage: Und Serbien? Antwort: Vielleicht kann es ganz bestehen bleiben, doch das ist Sache Oesterreichs, dem man auch bezüglich der Regelung seiner Angelegenheiten mit der Hand helfen muß. Wir müssen außerdem möglichst von allen

dem Schaden ersatz erhalten, ferner müssen wir alle unsere Kolonien und Schiffe zurückhalten.

Gerard fügt noch hinzu: „Grenzreaktionen“, das ist in Deutschland der übliche Ausdruck für Annexionen.“

Wochenschau.

Vom 21. bis 28. August 1917.

Kriegsereignisse: Die verfloßene Woche war erfüllt von opfervollen Großkampftagen an allen Fronten. Wenn die Infanterieschlacht in Flandern auch wieder etwas abgeflaut war, so hat die Erde von Verdun von neuem desto mehr Blut getrunken. Rechts und links der Maas dauern dort zurzeit die Kämpfe besonders in der Gegend von Beaumont noch an. Die zu einer traurigen Kriegsberühmtheit gewordene Höhe „Toter Mann“ ist neben einigen anderen Geländeausschnitten in die Hände der Franzosen gefallen. Wie immer sind solche taktischen Erfolge mit unverhältnismäßig hohen Opfern erkauft, ohne daß sie an der strategischen Gesamtlage etwas ändern. Sie dienen höchstens dazu, den Völkern für einige Zeit Siegesillusionen zu suggerieren, bis dann doch wieder die Erkenntnis durchbricht, daß am Gleichgewicht der Kräfte nicht viel geändert worden ist und daß das mörderische Ringen ins Unabsehbare fort dauern kann. Wie an der Westfront, so liegen die Dinge auch an der Isonzo-Front, wo die Italiener trotz wochenlangen Ansturms in großer Frontbreite nicht über kleinere örtliche Erfolge herausgekommen sind. — An der Ostfront fanden meist nur Teilkämpfe statt, unter denen ein Vorstoß östlich Czernowit den deutschen Truppen einen größeren Erfolg brachte. — Die vergangene Woche hat auch wieder mehrere Luftangriffe auf England gebracht, so wurden auch Teile Ostenglands an der Hambohmündung von deutschen Luftschiffen angegriffen.

Ausland: Aus Spanien kommende Nachrichten beweisen, daß die letzten Unruhen einen sehr ernsten revolutionären Charakter gehabt haben. Der Sozialimperialist Cunow versuchte im „Vorwärts“ nachzuweisen, daß England der eigentliche Urheber der spanischen Revolutionsbewegung sei. Daran mag etwas Wahres sein. Immerhin bildet die Rolle, die die einzelnen Kriegseleitungen der Anzettlung von Revolutionen im Gebiete des Gegners zugewiesen haben, ein Kapitel für sich, das erst nach dem Kriege erschöpfend behandelt werden kann. In allen Staatsarchiven wird darüber reiches Material zu finden sein.

In Frankreich macht der geheimnisvolle Selbstmord eines Friedensfreundes, des Redakteurs Almerenda großes Aufsehen. Almerenda sah wegen seiner politischen Haltung im Gefängnis und ist dort erhängt aufgefunden worden. Man glaubt an einen Mord. Der Sozialist Drake will die Angelegenheit in der Kammer zur Sprache bringen. — Die Mißstimmung gegen Poincaré hält an, seine Gegner haben die Absicht, ihn unter die Kontrolle des Senats zu stellen.

In Rußland tritt die bürgerliche Gegenrevolution immer herausfordernder auf. Zurzeit tagt der Moskauer Nationalkongress, auf dem die sozialistischen Vertreter in der Zahl von etwa 800 Personen einer geschlossenen Phalanx von 1200 Repräsentanten des Bürgertums gegenüberstehen. Kerenski hat hier eine Rede gehalten, in der er die allgemeine Lage sehr düster schildert, um dadurch die weitgehendsten Vollmachten der Regierung und die Unterstützung des Bürgertums zu rechtfertigen. Mit Entschiedenheit wies er den Gedanken eines Sonderfriedens von sich. Dabei machte er die überraschende Mitteilung, daß Deutschland vor kurzem auch einer anderen Macht ein Sonderfriedensangebot gemacht habe. Die deutsche Regierung schweigt sich vorläufig über diese Behauptung noch aus. Die Ministerkollegen Kerenski haben die Ausführungen ihres Chefs noch unterstrichen. Das Bürgertum aber wittert Morgenluft; die Kadetten sollen die Absicht haben, den Eroberungspolitiker Miljukow wieder in die Regierung hineinzubugstieren. Daneben hat man den Arbeiter- und Soldatenräten Fehde angefacht. Es wird also höchste Zeit, daß die gemäßigten Elemente der Sowjets die Situation erkennen und die proletarische Demokratie gegen die offene und versteckte Gegenrevolution mobilisieren.

Die Vertagung der Konstituante, die wir in der vorigen Nummer voraus sagten, ist jetzt tatsächlich erfolgt. Die gesetzgebende Versammlung soll erst am 2. Dezember zusammentreten.

Die Verfolgung der Bolschewiki dauert fort. Neben Polizei- und Justizaktionen macht man aber häufig keine feinen Parteilunterschiede, sondern vergewaltigt auch gemäßigte Sozialisten. Die Beamten, die zum großen Teil aus der Zeit des Zarismus stammen, bleiben ihren alten Ueberlieferungen treu. So ist auch

das Anklagematerial, das der Staatsanwalt gegen die verhafteten Bolschewiki zusammengetragen hat, äußerst dürftig. — Die Regierung arbeitet auch weiter mit Ausnahmegeetzen, durch die die Errungenschaften der Revolution untergraben werden. So hat sie ein Ausweisungsbefehl erlassen, nach dem Personen, die „eine Gefahr für die Landesverteidigung, die innere Sicherheit die Freiheiten der Revolution bedeuten“, des Landes verwiesen werden können. Außerdem will man Petersburg von revolutionären Elementen säubern und hat ein Gesetz zur „Entlastung“ Petersburg verfügt, das folgende Punkte enthält:

1. Räumung der Petersburger Krankenhäuser und Wohltätigkeitsanstalten;
2. Entfernung derjenigen Bevölkerungselemente, die zurzeit eine Gefahr im Hinblick auf eine Gegenrevolution bilden, besonders der ehemaligen Gendarmen und Agenten der Geheimpolizei;
3. eine erneute Musterung der zurückgestellten Wehrpflichtigen und Einstellung aller zu Unrecht Befreiten in die Front;
4. ein Verbot der Rückkehr nach Petersburg auf die ganze Kriegsdauer für alle Personen, die nicht eine besondere Erlaubnis der Provinzial- und örtlichen Behörden besitzen. Alle diese Maßnahmen werden sofort zur Ausführung gebracht.

Daneben verdient registriert zu werden, daß die Regierung die Nachtarbeit für Frauen und Kinder unter 17 Jahren in sämtlichen Werkstätten und Fabriken untersagt hat.

Der Mbr eta. D., d. h. der ehemalige Fürst von Albanien, Prinz Wied, hat vor kurzem seine Ansprüche auf den albanischen Thron wieder geltend gemacht. Er vertritt natürlich den Anschluß Albaniens an die Mittelmächte.

Der englische Staatssekretär für Indien, Montag, hat dieser Kolonie für ihre Kriegshilfe weitgehende Reformen in Aussicht gestellt. Das indische Volk soll Selbstverwaltung und eine eigene Regierung erhalten, eingeborene Hindus sollen auch in der englischen Armee Offiziere werden können und dergleichen mehr. Es bleibt abzuwarten, ob die Reformen bald Wirklichkeit werden.

Nach Meldungen aus Kanada wehrt sich dort die Arbeiterschaft mit allen Mitteln der Sabotage gegen das kürzlich beschlossene Wehrpflichtgesetz.

Innere Politik: Der Hauptausschuß des Reichstages hat sich nach Beendigung seines Grobmannes mit dem Reichskanzler über alle möglichen Fragen der äußeren und inneren Politik unterhalten. Herr Scheidemann nahm die Gelegenheit wahr, dem aus dem Kriegsamt unfreiwillig ausgeschiedenen General Gröner warme Worte der Anerkennung zu widmen. Wir glauben aber versichern zu können, daß das menschenfreundliche Eintreten Scheidemanns für den Vater des Arbeitszwangsgesetzes in weiten Kreisen der Arbeiterschaft keinen Beifall findet.

Das Herrenhausmitglied, Graf Noon, hat folgende Parole ausgegeben: Mit unseren Feinden, dieser „Mäuerbände“ darf es keine Verständigung geben: „Keine Verhandlung, keine Friedenskonferenz! sondern nur völliger Sieg, völliges Niederschlagen aller Gegner, und dann jedem einzelnen den Frieden diktieren, den wir ihm bewilligen können und wollen!“

Also bitte, deutsches Volk, höre auf Graf Noon, und richte dich auf einen 30-jährigen Krieg ein!

Der Vorsitzende des preussischen Abgeordnetenhauses, Graf Schwerin-Löwitz, hat in einer Rede die Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß es mit der Einbringung des preussischen Wahlgesetzes keine Eile habe. Zunächst könne die Landtagskriegsperiode verlängert werden, der Entwurf komme nach Friedensschluß auch noch zur Zeit. Daneben hat der Herr Graf für eine „Abmilderung“ des Reichstagswahlrechtes für Preußen, für Landtagswahlen und andere schöne Dinge plädiert.

Der Generalleutnant von Kehler, stellvertretender kommandierender General des XI. Armeekorps (Kassel) hat in den Blättern seines Korpsbezirks folgende Befehlsanweisung veröffentlicht lassen:

„Mit Rücksicht auf wieder bemerkbar werdende Versuche, die Arbeiter in einen Streik hineinzubringen, sehe ich mich veranlaßt, eine Warnung an die Bevölkerung zu richten, um sie vor persönlichem Schaden durch unbedachte Handlungen zu bewahren.“

Mehr denn je bedeutet in der jetzigen Zeit eine Arbeitsniederlegung einen Verrat an der Sache des Volkes und Vaterlandes, einen Verrat an unsern Brüdern draußen im Schützengraben, die dafür bluten müssen.

Jede auch nur vorübergehende Arbeitseinstellung bedeutet eine unverantwortliche Schwächung unserer Verteidigungskraft und damit fällt der Streik in dieser Zeit unter den § 80 des Strafgesetzbuches.

Parasitverrat begeht, wer die Arbeit in der Rüstungsindustrie einstellt, weil er dadurch der feindlichen Macht Vorschub leistet. Er wird mit Gefängnis bis zu 10 Jahren bestraft.

Ich erwarte von allen einsichtigen Arbeitern, daß sie ihren ganzen Einfluß ausüben, um Unbedacht-same von Handlungen zurückzuhalten, durch die sie sich zeitlebens unglücklich machen können.

Ich lasse keinen Zweifel darüber bestehen, daß die-jenigen, die zur Arbeitseinstellung auffordern und sich daran beteiligen, von der ganzen Schwere des Gesetzes getroffen werden, während alle diejenigen, die sich im allgemeinen Volksinteresse für die Aufrechterhaltung der Arbeit in den Rüstungsbetrieben einsetzen, des vollen Schutzes der Militär- und Zivilbehörden sicher sein können."

ist eine Verständigung mit den Regierungssozialisten möglich?

Aus dem Felde schreibt uns zu obigem Thema ein Parteifreund:

Die Regierungssozialisten geraten mehr und mehr in Not und Ratlosigkeit. Je mehr sich diese Don Quixotte der „Demokratie“ und des Parlamentarismus auf der abschüssigen Bahn weiter bewegen, verlieren sie Halt und Boden unter den Füßen, geht ihnen vor allem die Fühlung mit dem Proletariat verloren. Und ebensowohl wie die freiwilligen Spießgesellen der bürgerlichen Gesellschaft in unsichere schwankende Position geraten, fürchten sie die Kritik der Opposition, die sicher zu erwartende Abrechnung mit ihren einstigen Kampfgenossen.

Aus dieser wohlberedelten Erwägung werden unter der Führung Adolf Brauns Stimmen der Versöhnung laut, mit der gewiß löblichen Absicht, die Einheit und Geschlossenheit der proletarischen Bewegung wieder herzustellen. So lobenswert und ehrlich von dem Standpunkte ihrer Urheber diese Versuche auch sein mögen, sie sind vorläufig und unter den obwal-tenden Verhältnissen zur völligen Aussichtslosigkeit verurteilt.

Wäre die reinliche Scheidung von den Regierungs-sozialisten, das entschiedene Abbrechen von der Fraktion Scheidemann-Ebert-David-Vensch nur eine zufällige Komödie der Irrungen — oder war es eine kraftvolle Kampfansage an jene Pseudosozialisten und ein mutiges Bekenntnis zu den Grundsätzen und Idealen des Sozialismus? — Wäre es in der Tat nur eine lächerliche Komödie — nun, dann kann und mag sie als solche enden, ist aber die selbständige Aktion der Opposition mehr, dann kann es nur ein unerlöschendes Durchkämpfen bis zur Entscheidung geben. Die Unabhängige Sozialdemokratie wird sich über diese nackte Tatsache hinreichend klar sein, den Sozial-patrioten muß das gründlich klar gemacht werden. Eine in Wusch und Bogen vollzogene Einigung würde den Regierungssozialisten materielle, geistige, mora-lische Kraft geben, den wahren Sozialismus jedoch abermals tödlich kompromittieren.

Auf welcher Basis sollte denn eine Einigung zu erzielen sein? Glaubst denn irgendeine naive Seele, daß die Partei der Region und Vensch noch die Kraft der Selbstkritik und Selbstkorrektion fähig sei? Die Einheit könnte also nur erreicht werden, wenn die Opposition den Sozialismus preisgibt und sich zu dem Sozialpatriotismus des 4. August bekennt. Aus mehr-

fachen Auslassungen der Stampferypresse geht das deut-lich genug hervor. Darum wäre es Torheit, ja Selbst-mord, sich auf den sozialpatriotischen Scheichhandel einzulassen.

Im Interesse der Klarheit ist es aber doch wohl am Platze, in gedrängter Kürze das in die Erinnerung zu rufen, was die wirklichen Sozialisten von den Re-gierungssozialisten trennt — kurz und bündig die Bilanz der dreijährigen sozialpatriotischen Praxis zu ziehen.

Vom August 1914 bis zum August 1917, von der systematisch nationalen Politik in Parlament und Presse bis zu dem Stockholmer Memorandum, bis zu dem blamablen Possenspiel um „Demokratie“ und „Parlamentarismus“ der letzten Julitage, bis zu dem Hofgang und der Jubelfeier in der Reichstagswandel-halle, endlich bis zu der urkomischen Zukassernrede des großen Tribünen Scheidemann: nichts als Parodie und Karrikatur, Hohn und Spott auf den Sozialismus, nichts als rückwärtslose Zertrümmerung der sozialisti-schen Grundsätze.

Es ist überflüssig, aus der großen Fülle des Materials hier noch weitere bekannte Einzelheiten an-zuführen. Aber wohin hat die tolle Zerstörungs-arbeit und Rückwärtskonzentration der Regierungs-sozialisten uns geführt: . . .

Die moderne Arbeiterbewegung verdankt ihr Da-sein, ihre historische Berechtigung, die absolute Gewis-sheit ihres Sieges vor allem andern der Entwick-lungstendenz der bürgerlichen Gesellschaft, deren Technik und Produktionsweise die realen Voraussetzungen der sozialistischen Gesellschaft sind. Aber ihre besondere historische Größe und die Zielklarheit ihres Ganges, den sie befehlenden und über den ganzen Erdball tragenden lebendigen Geist, empfangt die proletarische Bewegung von ihren genialen Vorkämpfern, von dem Dreigestirn Marx-Engels-Lassalle. Es ist gerade in der gegenwärtigen Zeit der Wirren und des eifertigen Umlernens notwendig, bis an diese Quellen zurück zu gehen, denn nur so ist es möglich, Klarheit in die vermorrhene Situation zu bringen.

In dem unvergänglichen kommunistischen Manifest dokumentiert sich die epochemachende Marx-Engels'sche Tat, zwei bis dahin noch wenig entwickelte, geschichtlich notwendig zusammengehörende, aber getrennt gehende und falsch gerichtete Erscheinungen zu einer grandiosen Einheit verbunden zu haben: den Sozialismus und die Arbeiterbewegung. Der utopische Sozialismus wurde für immer überwunden durch die historisch-ökonomische Methode, von deren Richtigkeit und Größe wir im kommunistischen Manifest die erste glän-zende Probe haben. Marx und Engels enthüllten den abgründigen Klassencharakter der bürgerlich-kapita-listischen Gesellschaftsordnung, konstatierten die zeit-geschichtliche Bedingtheit alles Bestehenden und stellten das Proletariat als aktive Kraft in die internationale Sphäre, auf die bewachte Weltbühne.

Die Tat Lassalles ward aus den besonderen deut-schen Verhältnissen geboren; in seinem Offenen An-twortschreiben, das zum guten Teil den Geist des kommunistischen Manifests atmet, zog der Wecker der deutschen Arbeiterklasse die tiefe Scheidelinie zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Demokratie. Aus der sachlichen Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse schöpfte Lassalle diese Erkenntnis und predigte sie den Massen mit glühender, siegesgewisser Leidenschaft.

Aus diesen beiden zur Tat gewordenen Erkennt-nissen, worin reine Wissenschaftlichkeit sich mit der Er-habtheit der Idee paart, empfing die Arbeiterbewe-gung ein gutes halbes Jahrhundert lang die befehlenden und führenden Weisheit. Das war die Lehre, aus der das Proletariat seine politische und wirtschaftliche Kampfkraft schöpfte, die unerlöschliche Einsicht und den Glauben, daß die heilige Sache des Sieges sicher sei.

Und an dem Abbruch dieser Fundamente des Sozialismus und der Arbeiterbewegung haben die kriegsgeborenen Regierungsozialisten drei Jahre lang ihre Kräfte erprobt; der tiefere Sinn ihrer Bemühun-gen ist: sie leugnen, gestützt auf schillernde Illusionen, den bestehenden Klassen Gegensatz innerhalb der bürger-lichen Gesellschaft, sie versuchen, die Arbeiterbewegung vom Sozialismus zu reinigen, setzen an die Stelle des internationalen Gedankens dessen direktes Gegenteil, erniedrigen die hervorragende Waffe proletarischen Befreiungskampfes zu einem Rechtfertigungsmittel sozialimperialistischer Politik, bemähen sich namentlich, zwischen dem Proletariat und dem Bürgertum aller-hand Gelsbrücken zu schlagen; kurz: sie setzen bewußt oder unbewußt alles daran, Marx, Engels und Lassalle als wirkende Kräfte zu beseitigen. So machen die Scheidemann-David, Vensch-Gunow aus dem Sozialis-mus ein Herrbild, vor dessen Anblick jeden Sozialisten das Grauen packt.

Von einer Versöhnung mit den Vasallen der Re-gierung kann darum nicht entfernt die Rede sein. Bisher hat der abhängige Sozialismus nur eine Niederlage auf die andere gehäuft; er würde aber seinen ersten großen Sieg und Triumph feiern können, wenn die Opposition an diesen politischen Abenteuerern durch Versöhnung eine Ehrenrettung vornehmen würde.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat auch keinen Grund, besorgt in die Zukunft zu blicken, wenngleich die noch formell zersplitterte Arbeiterbewegung kein erfreuliches Bild bietet. Nur eins ist gewiß: die Massen, welche die Träger des sozialistischen Ideals sind, werden sich nur um das unbesetzte Banner scharen, werden nur in der Partei aufgehen, deren Grundsätze, Forderungen und Ziele wahrhaft sozia-listisch sind.

Aus der Bewegung.

Die Verlogenheit der Internationalen Korrespon-denz hat sich dieser Tage an einem besonderen Beispiele erneut erhärtet. Sie berichtete, daß die „Zittauer Volkszeitung“ zu den Unabhängigen übergegangen sei. Nach einer Meldung des Zeitungsverlages hätten die Stadtverordneten in Zittau den Ankauf der eingegan-genen Volkszeitung für 150 000 Mk. beschlossen, um das bisher in Lohndruck gedruckte städtische Amtsblatt drucken zu lassen. „Das Zittauer Unternehmen ist also für die Arbeiterbewegung verloren gegangen, zugrunde gerichtet von den Unabhängigen. Das wäre an vielen Orten das Ende der Parteiunternehmungen gewesen, wenn nicht der Parteivorstand rechtzeitig eingegriffen und die mit vieler Mühe und vielen Arbeitergroßen aufgebauten Betriebe rechtzeitig der Zerstörungswut der Unabhängigen entziffen hätte.“

Die J. K. muß die Meldung selber widerrufen, nachdem die „Chemnitzer Volksstimme“ ihr vorher fol-gendes Zeugnis ausgestellt hat:

„Die J. K. verbreitet eine Nachricht, die sie direkt aus dem Daumen gelutscht haben muß. Das mit jedem Tage immer mehr an Zuverlässigkeit verlierende Blatt erzählt unter der Spitzmarke „Das Ende“, daß das Zittauer Parteiblatt zu den Unabhängigen übergegan-gen, dann eingegangen und für die Arbeiterbewegung verloren gegangen sei. . . Wie die J. K. zu ihrer Tatarennachricht kommt, ist uns umso unverständlicher, als der Leiter der J. K. wissen muß, daß die Zittauer Volkszeitung schon lange in Dresden gedruckt wird und mit den Unabhängigen nichts zu tun hat.“

Ausgerechnet die „Chemnitzer Volksstimme“, die mit Hilfe der J. K. Verwirrung in die Reihen der Arbeiterklasse tragen will, das ehemalige Organ des Herrn Heilmann, des jetzigen Leiters der J. K., beschei-nigt der J. K. ihre Unzuverlässigkeit und beschuldigt sie der bewußten Unwahrheit. Die Herren wissen, was sie aneinander haben.

Eine Konferenz der Unabhängigen Partei im Frankfurter Agitationsbezirk tagte am letzten Sonntag in Frankfurt a. M. Nachdem sich in Gotha die Un-abhängige Sozialdemokratische Partei gebildet, schlossen sich von den 11 Wahlkreisen, die zum bisherigen Frank-furter Agitationsbezirk gehören, 10 dieser Wahlkreis-organisationen, die auch Gotha besichtigt hatten, der U. S. P. an. Alle Wahlkreisorganisationen waren auch auf der zahlreich besuchten Bezirkskonferenz ver-treten. Der Bericht des Bezirksvorstandes umfaßte im wesentlichen die Zeit des Austrages des Konflikts in der Partei. Der Frankfurter Bezirk gehörte bekannt-lich zu denen, der durch die Gewaltpolitik des Partei-vorstandes und seiner Helfer besonders „heimge-sucht“ wurde, bis Gotha die Spannung löste. Gleich den Wahlkreisorganisationen trat auch die Bezirkskonfe-renz dem Beschlüssen der zuständigen Organisations-instanzen (erweiterten Bezirksvorstand, der die Ver-tretung aller Kreise bildet) bei und stimmte einmütig dem Anschluß der Bezirksorganisation mit allen ihren Einrichtungen an die U. S. P. zu. Fest stehen zu ihr die Organisationen und mit ihnen die große Mehrheit der Parteimitglieder des Bezirkes. Die bisherigen kampfhaften Zersplitterungsversuche der Regierungs-sozialisten vermochten nur in einigen Kreisen Spreng-stücke für sich zu sammeln. Als einziger Kreis unter elf stimmte seinerzeit eine Versammlungsmehrheit in Frankfurt-Stadt den Beschlüssen vom Parteivorstand und Partelausschuß zu. Eine neue Kreisorganisation der U. S. P. wurde dann in Frankfurt a. M. gegrün-det, der sich einer guten Entwicklung erfreut. Mehr und mehr lehren auch in der Stadt Frankfurt die Ar-

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

(Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands.)

In den Ostertagen in Gotha hat sich die Un-abhängige sozialdemokratische Partei konstituiert. Im Interesse der Arbeiterklasse liegt eine un-abhängige und selbständige Politik. Diese Politik muß geleitet sein von den Grundsätzen und Forderungen des Parteiprogramms, der Partei-tagsbeschlüsse und der Beschlüsse der internatio-nalen Kongresse.

Die Unabhängige sozialdemokratische Partei steht in grundsätzlicher Opposition zum herrschen-den Regierungssystem, zur Kriegspolitik der Reichsregierung und zu der vom Parteivorstand im Regierungsfahrwasser geführten Politik der nominellen Partei.

Die sozialdemokratischen Wahlvereine in Groß-Berlin stehen auf dem Boden der Un-abhängigen sozialdemokratischen Partei. Sie zu stärken, ist eine dringende Aufgabe aller Ar-beiter, die gerade und aufrecht politisch kämpfen wollen. Alle die Genossen, die in der Kriegs-zeit infolge der Politik der Sozialpatrioten bei-seite gegangen sind, aber auch alle diejenigen, die uns noch fernstehen, aber unsere Reihen

wieder füllen wollen, sollen unverzüglich ihren Beitritt zu unserer politischen Organisation erklären.

Beitrittserklärungen werden von folgenden Genossen entgegen genommen:

1. Wahlkreis: Ludwig Bittermanu, Simeon-straße 29.
 2. Wahlkreis: Julius Moses, Blücherstraße 37 a.
 3. Wahlkreis: Rudolf Budde, Manbacherser 2.
 4. Wahlkreis: Wahlvereinsbüro, Stralauer-platz 10-11.
 5. Wahlkreis: Adolf Baumgart, Allensteiner-straße 35.
 6. Wahlkreis: Wahlvereinsbüro, Gerichtstr. 71.
- Teltow-Beeslow: Wahlvereinsbüro, Redarstr. 3, Neutölln.
- Niederbarnim: Büro des Wahlvereins, Berlin D. 112, Neue Bahnhofstraße 31.

Wer will, kann das untenstehende Formular ausgefüllt an das Verbandsbüro der sozial-demokratischen Wahlvereine Berlins und Um-g., Berlin D. 27, Schilderstraße 5, einbringen, von wo aus das Weitere veranlaßt wird.

Genau ausfüllen!

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum

Sozialdemokratischen Wahlverein (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands).

Name

Wohnung

beiter den Regierungssozialisten den Rücken und schließen sich in steigender Zahl der U. S. P. an. So bot die Bezirkskonferenz allgemein ein recht erfreuliches Bild und nahm einen guten Verlauf.

Aus Köln wird uns geschrieben: Von der raschen Vornwärtsentwicklung der Unabhängigen Parteiorganisation und dem Kampfe der Kölner Arbeiterschaft legte die am 18. August stattgefundene Generalversammlung des Kölner Unabhängigen Parteiverbands bereitetes Zeugnis ab. Während die „Rheinische Zig.“ von einer kurz zuvor stattgehabten Generalversammlung der alten Partei berichtete, daß sie „mächtig besucht“ war, hatte demgegenüber unsere Versammlung einen sehr guten Besuch aufzuweisen.

Der provisorische Vorstand des im Mai d. J. gegründeten Ortsvereins gab einen Bericht über seine Tätigkeit. Die Berichterstatterin hob hervor, daß in Anbetracht der äußerst schwierigen Verhältnisse am Orte die Fortschritte der Organisation in bezug auf Mitgliederzuwachs recht gute seien. Auch die Kasse zeige dementsprechend eine gute Entwicklung. In den Einnahmen erscheinen u. a. freiwillige Beiträge aus dem Felde, worüber auch an dieser Stelle dankend quittiert wird. Die in den Händen der Umlernen-Sozialisten befindliche „Rheinische Zeitung“ hat die Unabhängige Organisation Kölns mehrere Monate gesamtlich totgeschwiegen, bis unsere erste öffentliche Versammlung mit dem Genossen Herzfeld als Redner sie doch zwang, diese Taktik aufzugeben. Leider steht uns keine örtliche Presse zur Verfügung, um die Einstellungen im Bericht richtigzustellen. Indes arbeiten ja die Verhältnisse für uns und wenn wir alle tatkräftig mit Hand anlegen zum Aufbau der neuen Organisation, so werde auch in Köln aus der Minderheit bald eine Mehrheit werden. Die Arbeiterschaft erkenne langsam, wo ihre politische Vertretung im wahren sozialistischen Sinne ist.

In der an den Bericht sich anschließenden lebhaften Aussprache kam vor allem zum Ausdruck, daß man die Abänderungsversuche der alten Partei zwecks Herbeiführung einer Einigung sehr wohl durchschaue. Es brenne jetzt den Umlernen-Sozialisten unter den Nägeln. Das bewiesen die herabreichenden Hilferufe zur Stärkung der Parteifinanzen und das Eingekommen des rapiden Mitgliederchwundes, alles Folgen des politischen Bankrotts. Jene läppischen Versuche, den Arbeitern von neuem Sand in die Augen zu streuen, müßten aber bestimmt scheitern. Sämtliche Diskussionsredner vertraten den Standpunkt, daß eine Einigung im Sinne der Mehrheitsleute einfach ausgeschlossen sei. Möglich wäre nur eine Einigung, indem die noch in der alten Partei verbliebenen Arbeiter sich auf den Boden der U. S. P. stellen, also zu ihr übertreten. Erst dann bilde die Arbeiterschaft eine geschlossene Phalanx gegenüber ihren Klassengegnern.

Die Neuwahl der örtlichen Organisationsleitung ergab die einstimmige Wiederwahl der bisher provisorisch wirkenden Vorstandsmitglieder.

In Thüringen suchten die Parteivorstandsanhänger ihrem Häuflein Mut zuzusprechen. Die sogenannte Bezirksleitung ohne Truppen hat in Weimar getagt und beraten, wie der wachsenden unabhängigen Bewegung am besten beizukommen ist. Es wurde beschlossen, überall da, wo die Unabhängigen sich der Parteipresse bemächtigt haben, möglichst bald für die Zuführung von Zeitungen, die auf sozialdemokratischem Boden stehen, an die Arbeiter zu sorgen. Weiterhin nahm der Bezirksvorstand Stellung zum Würzburger Parteitag und sprach den Wunsch aus, daß Fraktion und Parteipresse den Kampf scharf führen und die sozialdemokratischen Grundsätze in den Vordergrund stellen möchten.

Königsberg i. Pr. Die „Volkszeitung“ fabelt in ihrer Nummer 198 lang und breit von Ausführungen des Genossen Haase und Beschlüssen in einer Königsberger Versammlung vom 22. Juli. Dabei hat eine solche Versammlung gar nicht stattgefunden!! Alle Mitteilungen darüber sind von der „Volkszeitung“ glatt erfunden. So wird im Kampfe gegen die unabhängige Bewegung das Blaue vom Himmel heruntergeschwibelt.

Quittung.

Für den Pressefonds vom 5. Kreis: Auf Liste Nr. 3102 9,75 Mk., 3103 9,50 Mk., 3105 2,90 Mk., 3106 10,50 Mk., 3108 4,— Mk., 3111 10,— Mk., 3114 6,— Mk., 3119 4,50 Mk., 3120 34,— Mk., 3121 15,— Mk., 3127 50 Pf., 3128 7,25 Mk., 3131 10,— Mk., 3137 1,— Mk., 3138 2,50 Mk., 3150 2,50 Mk., 3152 (verloren) 19,15 Mk., 3153 3,— Mk., 3160 5,50 Mk., 3224 5,— Mk., 3225 (leer) —,— Mk., 3226 (leer) —,— Mk., 3227 2,15 Mk. Außerdem: „Von einem feldgrauen Kanonier“ 1,— Mk.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 2. Sept., vorm. 9 Uhr, Bappel-Allee 15/17; Neutölln, Idealasino, Weichselstr. 8; Oberschönebeide, Wilhelmminenhofstr. 48, bei Otto Ramp; Freireligiöse Vorlesung. — Vorm. 10½ Uhr, Kleine Frankfurterstr. 8: Vortrag von Herrn Ernst Däumig: Wanderungen durch die Kirchengeschichte. VIII. Reformatorische Bewegungen. Gäste willkommen.

Berlin VI, Jugendsektion. Am Sonntag, den 9. September Wanderung. Fahrt bis Friedrichshagen, zum Müggelsee, Müggelberge, Müggelheim, Krumme Lanke, Wilhelmshagen. Fahrgeld 0,90 Mk., Weglänge 18 km. Abfahrt: Bahnhof Gesundbrunnen 5½ Uhr, Stralauer Rummelsburg Bahnsteig 6 Uhr. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Die Sektionsleitung.

Die Jugendweibe für Neutölln findet am 28. September, vormittags 10 Uhr, in den Lichtspielen, Bergstraße 151, statt. Anmeldungen: Sekretariat Neckerstr. 3.

An unsere Postabonnenten!

Unsere Postabonnenten zur Nachricht, daß der Bezugspreis des Mitteilungsblattes vom 1. Oktober ab

1,42 Mk. inklusive Bestellgebühr pro Vierteljahr beträgt.

Wir machen darauf aufmerksam, das Abonnement frühzeitig zu erneuern, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt.

Wo Postanstalten angegeben, das Mitteilungsblatt stände nicht in der Postzeitungsliste und insolgedessen Bestellungen nicht entgegennehmen, bitten wir um umgehende Mitteilung.

Redaktion und Verlag des Mitteilungsblattes.



2. Wahlkreis.

Großes Sommerfest

am Sonntag, den 9. September

in Habels Brauereigarten, Bergmannstr. 5/7, unter Mitwirkung der Kreuzberger Harmonie (M. d. U. S. P.) Chor-

meister: Otto Kowalski.

Volksbelustigungen, Kinderspiele, Rasperletheater,

große Verlosung!

Kaffeelocher in 2 großen Rügen.

Anfang 4 Uhr. Billets 30 Pf. im Vorverkauf 25 Pf. Billets bei den Bezirksführern und in den mit Plakaten

belegten Geschäften.



Buchdruckerei

Maurer & Dimmick

SO 16, Köpenicker Strasse 36/38.

Anfertigung von:

Zeitschriften — Statuten — Quittungsmarken — Billets — Mitgliedsbüchern — Programmen sowie sämtlichen Drucksachen.

Am 28. August, abends 7 Uhr, entriß mir der unerbittliche Tod nach kurzem, schwerem Leiden meine unvergeßliche Freundin

Berta Hank, geb. Scholze.

In tiefstem Schmerz

Elisabeth Pinke, Charlottenburg
nebst Angehörige.

Wer dich gekannt, weiß was ich verloren!

Nachruf!

Am 22. August verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser Kollege, der Dreher

Max Schulz

im 27. Lebensjahr.

Durch die Aufrichtigkeit seines Charakters hat er sich ein bleibendes Andenken bei uns gesichert.

Die Kollegen der Firma Schwarzkopff
Scherlingstraße, Torpedodreher.

General-Versammlung
des 5. Berliner Reichstagswahlkreises
am Mittwoch, den 5. September, abends 8 Uhr, in den Musikerkälen, Kaiser Wilhelmstraße 84.
Tagesordnung: „Die Gaspreiserhöhung und Einschränkung des Kohlenbezuges.“ Referent: Dr. Wegl.
Eintrittskarte legitimiert. Der Vorstand.

Arbeiter Stenographen Verein Stolze-Schrey, Berlin.
Am Dienstag, den 4. September, abends 8½ Uhr, beginnt ein neuer

Anfängerkursus

im Graphischen Vereinshaus, Alexandrinenstraße 44. Das Unterrichtsgeld beträgt für Teilnehmer unter 18 Jahren 3,50 Mk., über 18 Jahren 4,50 Mk. einschließlich der Lehrmittel.
Schriftliche Auskunft erteilt Alexander Urban, Berlin-Schöneberg, Eisenacherstr. 64.
Der Bildungsausschuß.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

4. Wahlkreis.

Am 5. August fiel im Alter von 47 Jahren der Gastwirt

Fritz Barge

Romintenerstr. 5, Bezirk 888.

Im Alter von 40 Jahren fiel der Hausdiener

Paul Holz

Lübbener Str. 7, Bez. 196 I.

Anfang Juli fiel im Alter von 87 Jahren der Viehhofarbeiter

Max Brennert

Samariterstr. 28, Bezirk 865 II.

6. Wahlkreis.

Am 5. August fiel im jugendlichen Alter von 22 Jahren der Tapezierer

Hermann Wittstock

Wilhelmshavener Str. 14, 15. Abt., Bez. 704.

Am 25. August verstarb in einem Lazarett der Landsturmmann

Carl Christianier

Kopenhagener Str. 14, Bez. 567, Abt. 7.

Carl Christianier hat jahrelang seinen Posten als Bezirksführer in der opferfreudigsten Weise ausgefüllt und bei jeder Gelegenheit der Partei gedient. Nun ruht der unermüdete Kämpfer, den wir in ehrendem Andenken behalten werden.

Wahlverein Creptow-Saumschulenweg.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Stellmacher

Ernst Pettin

Gräßstr. 17

am 22. Juli gefallen ist.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Am 20. August verstarb unser Genosse, der Schlosser

Franz Kämmerer

Koppenstr. 50, Bezirk 278.

Am 28. August verstarb unser Genosse, der Metallarbeiter

Emil Kuhlig

Kopernikusstr. 9, Bez. 322.

6. Wahlkreis.

Am Mittwoch, den 15. August, verstarb unser Genosse, der Schlosser

Karl Ihde

Bellermannstr. 17, 18. Abt., Bez. 813.

Wahlverein Creptow-Saumschulenweg.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der 56 Jahre alte Bauarbeiter

Ernst Flöter

Gräßstraße 58, Bez. 10

am Sonntag, den 26. August, verstorben ist.

Wahlverein Charlottenburg.

Am 28. August verschied nach kurzem Krankenlager die Genossin

Berta Hank

Gruppe 8.

Ehre ihrem Andenken!

Stockholm.

Der 9. September gilt zur Stunde noch als der Tag, an dem die Konferenz beginnen soll, man wird aber trotzdem mit einer neuen Verschiebung zu rechnen haben. Am 28. und 29. August hat in London die Sozialistenkonferenz der Entente-Länder stattgefunden, über deren Ergebnis wir zurzeit noch nicht berichten können, aber es ist kaum anzunehmen, daß man sich auf ihr für den 9. September entschlossen hat. Die tendenziöse Art, mit der die englischen und französischen Regierungssozialisten gegen die Passverweigerung ihrer Regierung ankämpften und die Quertreibereien führender Regierungssozialisten Frankreichs machen diese Annahme wahrscheinlich. Das holländisch-flandrische Komitee rechnete auch sehr stark mit einer weiteren Verschiebung der Konferenz, die bekanntlich erst im Juli, dann am 15. August, dann wieder am 9. September stattfinden sollte. In einem Schreiben an die Londoner Konferenz der Ententesozialisten, die von Henderson geleitet wird, schiebt das Stockholmer Komitee die Schuld für eine weitere Verzögerung den Ententesozialisten zu. Das Stockholmer Komitee sagt in seinem Schreiben u. a.:

„Unser Komitee hat den Eindruck, daß die Passverweigerung nicht nur gegen den Gedanken der Stockholmer Konferenz gerichtet ist, sondern auch gegen das organisierte Proletariat. Die konservativen Klassen fühlen dunkel, daß die Welt an einem Wendepunkt ihrer Geschichte angekommen ist, und daß neben dem Krieg in diesem Augenblick eine andere Frage der Lösung zudringt, nämlich die, zu wissen, ob die Arbeiterklasse sich weiter summe dem Willen derjenigen unterwerfen soll, die Kriege vorbereiten und sie erklären, ohne die Einwilligung der Arbeiter eingeholt zu haben; weiter, ob die Arbeiterklasse ewig den Einfluß einer geringen Mehrheit erleiden soll. Die Arbeiterklasse, volljährig geworden, beansprucht im Gegenteil das Recht, durch ihre ordentlichen und internationalen Organe mitzuwirken an der Wiederherstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens und an der Stabilisation der Welt durch die Schöpfung einer internationalen Organisation, die die Wiederkehr des gegenwärtigen Unglücks verhindert. Wir und auch Ihr könnt nicht zugeben, daß das Proletariat seines ursprünglichen Rechtes beraubt werde, zu denken, zu sprechen und Ansichten auszutauschen.“

Die Stellung der englischen Arbeiterpartei zur Konferenzfrage hat Anlaß zu allerlei „Mißverständnissen“ gegeben. Am 21. August haben die Vertreter der Arbeiterpartei zum zweiten Male über die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz beraten. Das Reuterbureau meldete, daß der Beschluß für Teilnahme mit 1 234 000 gegen 1 231 000 Stimmen, also nur mit der geringen Majorität von 3000 Stimmen gefaßt worden sei. Diese Zahlen sind so zu verstehen, daß das Abstimmungsresultat nach der Anzahl der hinter den Delegierten stehenden Gewerkschaftsmitgliedern berechnet wird. Nachträglich aber kam die Meldung, daß die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz mit 2 124 000 gegen 175 000 Stimmen beschlossen worden sei. Das erste Resultat habe sich nur auf die Zusammenfassung der englischen Delegation für Stockholm bezogen. Diese soll sich in der Hauptsache aus Vertretern der nur gewerkschaftlich orientierten Arbeiterpartei sowie aus einigen Vertretern der sozialistischen Unabhängigen Arbeiterpartei, der Irischen Sozialistischen Partei und der fast nur aus Intellektuellen bestehenden Fablergruppe zusammensetzen. Ueber das Stärkeverhältnis der einzelnen Gruppen wurden verschiedene Zahlenangaben gemeldet.

Die Anschauungen, mit denen die Mehrheit der Arbeiterpartei an die Konferenz herantreten, gehen aus dem Entwurf einer Erklärung hervor, die im Namen der englischen Arbeiterpartei der Konferenz vorgelegt werden soll. Die Hauptpunkte dieser Erklärung sind:

1. der deutsche Imperialismus muß niedergeworfen werden.
2. die Arbeiterklasse muß sich vereinigen, um den Krieg zu beendigen.
3. Sie soll die russische Formel „ohne Annexionen“ annehmen.
4. Ein Bund der Nationen muß gebildet werden.
5. Deutschland muß Belgien wiederherstellen und ihm Schadenersatz leisten.
6. Eine Konferenz von Vertretern der Balkanvölker oder eine internationale Kommission soll über die Balkanfragen entscheiden.
7. Elsass-Lothringen fällt an Frankreich.
8. Die italienisch sprechenden Gebiete in Oesterreich fallen an Italien selbst.
9. Die vereinigten Polen bestimmen ihr Schicksal selbst.
10. Palästina den Juden unter internationaler Garantie.
11. Konstantinopel wird freihafen.
12. Die tropischen afrikanischen Kolonien kommen unter internationale Verwaltung.
13. Internationale Kontrolle über wichtige Lebensmittel.
14. Vorbeugende Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit.
15. Kein Wirtschaftskrieg.
16. Internationaler Wiederaufbau der verheerten Gebiete.
17. Regelmäßige Untersuchung über Verhältnisse einzelner und der Staaten gegen die Grundgesetze der Menschlichkeit.
18. Wiederaufbau des Völkerrechts.
19. Abschaffung der geheimen Diplomatie.

Das Organ Brantings, der Stockholmer „Sozialdemokraten“ behauptet, daß die englischen Sozialisten, darunter auch Mac Donald, auf dem Boden dieser Erklärung ständen. Wir bezweifeln das vorläufig noch. Denn mit dieser Erklärung der englischen Regierungssozialisten wird zur Verbeiführung eines baldigen und dauernden Friedens ebensowenig anzufangen sein, wie mit dem Memorandum der deutschen Regierungssozialisten.

Inzwischen stellt sich immer mehr heraus, daß Lloyd George die englischen Arbeiter über die Haltung der russischen Regierung zur Stockholmer Konferenz bewußt irreführt hat. Er hatte behauptet, daß die russische Regierung gegen die Stockholmer Konferenz sei und wahrscheinlich auch keine Pässe bewilligen werde. Die russische Regierung hat sich gegen diese Erklärung wenden müssen, denn so sehr sie jetzt auch den Einfluß der Arbeiter- und Soldatenräte zu brechen sucht, so wäre es doch zu einem offenen und scharfen Konflikt auch mit den gemäßigten Sozialisten Russlands gekommen, wenn die Behauptung Lloyd Georges richtig gewesen wäre. Die „Izwestija“, das Organ des Arbeiter- und Soldatenrats schreibt über die Angelegenheit:

„Niemand darf daran zweifeln, daß, wie sich auch die Lage an der Front ändern mag, wie groß die Kraftanstrengung zur Erhöhung der Schlagfertigkeit der Armee und der Zurückweisung des feindlichen Anpralls auch sein muß, das Streben nach baldigster Erreichung eines allgemeinen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker das leitende Ziel der Auslandspolitik der Revolution war und bleibt. Die Erklärung Tereffschenkos zerstreute auch ein zweites Mißverständnis, dasjenige über die angeblich veränderte Stellung der Provisorischen Regierung zur Stockholmer Konferenz. Bekanntlich wurden in der englischen Regierung und in parlamentarischen Kreisen gegen Henderson, der mutig für die Beteiligung der englischen Arbeiter an der Stockholmer Konferenz kämpfte, irgendwelche Briefe Kerenskiis oder Tereffschenkos vorgeschoben, in denen die genannten Mitglieder der Provisorischen Regierung über die negative Stellung der russischen Regierung zur Stockholmer Konferenz berichtet hätten. Man beschuldigte sogar Henderson, daß er vor der Konferenz der Labour Party diese Briefe verheimlicht hätte, die auf den Beschluß der Konferenz eine Wirkung hätte ausüben können. Jetzt stellt sich heraus, daß sowohl Kerenski, wie Tereffschenko absolut keine Briefe über die Stockholmer Konferenz geschrieben haben, daß also nicht Henderson die englischen Arbeiter durch Verheimlichung dieser Briefe irregeleitet hat, sondern ein anderer (s. h. Lloyd George) es tun wollte, durch deren Verlegung. Wie dieses Mißverständnis entstehen konnte, welche Rolle dabei der russische Botschafter in London, Rabatow, gespielt hat, ob die englischen Arbeiter über das Mißverständnis unverzüglich aufgeklärt werden, all das sind Fragen, auf deren Beantwortung die Demokratie aller Länder mit Ungeduld in den nächsten Tagen warten wird. Aber schon jetzt ist es wichtig, folgende kategorische Erklärung Tereffschenkos zu vermerken:

„Die Stellung der Provisorischen Regierung des revolutionären Russlands zur Stockholmer Konferenz hat sich in keiner Weise geändert. Die Regierung erweist nach wie vor der Delegation des Exekutivkomitees der Arbeiter- und Soldatenräte jede mögliche Unterstützung. Nach wie vor bittet sie die verbündeten Regierungen die Pässe für die Reise zur Stockholmer Konferenz nicht zu verweigern, sie besteht wie früher darauf, daß an der zukünftigen Friedenskonferenz der Regierungen neben den Diplomaten auch Vertreter der Demokratie teilnehmen sollen.“

All das sind höchst wichtige Erklärungen, die sich alle Freunde und Feinde der russischen Revolution merken müssen. Es ist Zeit, endlich zu verstehen, daß die äußere Politik des revolutionären Russlands weder die Politik Nikolaus II., noch die der Wiljufkoff-Gutschkow sein kann.

Eine der vielen tendenziösen und sensationellen Meldungen, die über die Stockholmer Konferenz in die Welt gesandt werden, besagt auch, daß die russische Regierung dem Sozialisten Axelrod und anderen die Pässe verweigert habe. Auch das trifft nicht zu. Axelrod ist in Stockholm eingetroffen, wo übrigens auch der Vertreter der deutschen Regierungssozialistischen Parteivorstandes, Hermann Müller, seit voriger Woche weilt.

Auch Kerenski selbst hat eine offizielle Erklärung abgegeben, nach der er zwar die Stockholmer Konferenz als eine Parteiangelegenheit betrachtet, aber zugleich feststellt, daß er sich alle Mühe gibt, damit die Konferenz unter Beteiligung der Vertreter der Ententesozialisten zu Stande kommt. Nur der russische Sozialpatriot Plechanoff ist ein entschiedener Gegner der Stockholmer Konferenz, und dafür aber von den anderen Sozialisten scharf bekämpft.

Ein dieser Tage abgehaltener Kongreß aller russischen Arbeiter-Konsumvereine forderte von der Regierung wirksame Maßnahmen zur Beseitigung der

Hindernisse, die der Stockholmer Konferenz von den alliierten Ländern in den Weg gelegt werden. Die Resolution spricht die Ueberzeugung aus, daß es den Bemühungen des vereinigten Weltproletariats gelingen wird, die Internationale wieder herzustellen, die die eine Voraussetzung des Kampfes für die baldige Liquidierung des Krieges darstellt.

Die französischen Rinderheitssozialisten haben am 26. August eine Konferenz abgehalten, um zur Stockholmer Konferenz, zur Passverweigerung usw. Stellung zu nehmen. Meldungen über ihre Beschlüsse liegen zurzeit noch nicht vor.

„Der gegenwärtige Krieg hat die theoretischen und praktischen Forderungen des Sozialismus und die Voraussagen aller Sozialisten in allen Ländern in der dem Krieg vorangehenden Zeit kraftvoll bestätigt. Der erste Schritt der wiederhergestellten Internationale muß daher sein, ihre Grundsätze aufs neue zu bestätigen und ihre Mitglieder, die sich von den in der Vergangenheit festgelegten Methoden des Handelns entfernten, auf den alten Weg zurückzuführen oder sie aus ihrer Mitte zu verbannen, wenn sie weiter in ihrem Irrtum verharren. Heute wie ehemals ist es unbestreitbar, daß die Kriege die Folge der Rivalität der herrschenden Klassen sind und das Ergebnis eines ganzen geschichtlichen Zeitabschnitts. Der Krieg, den wir heute erleben, ist derselbe, dessen Ungeheuerlichkeit die Sozialisten in Basel proklamierten, und gegen den sie das internationale Proletariat zu sammeln bestritten waren. Seine Ursachen und die Verantwortung für ihn sind klar und deutlich sowohl in den Beschlüssen der internationalen Sozialistenkongresse wie in den Schriften der besten Vorkämpfer des Sozialismus niedergelegt. Und es entspricht nicht der sozialistischen Auffassung, sondern eher den Methoden sogenannter Geschichtsschreiber, eine Tatsache wie den Krieg aus den Anlässen der allerletzten Stunde zu erklären.“

Allmählich bricht ein bißchen Licht über die unmittelbaren Ursachen des jetzigen Konfliktes durch, und die Verantwortung aller Regierungen zeigt sich immer offener und deutlicher. Keine Metaphysik, keine Rhetorik, kein Gedankengepinkel kann diesem Krieg seinen imperialistischen Charakter abspülen. . . . (Etwa 12 Zeilen ital. Jenzur.)

Die Zimmerwaldfraktion kann daher der These nicht zustimmen, die von der Feststellung der Verantwortlichkeit die Haltung der Sozialisten gegenüber dem Krieg abhängig macht. Sie widerspricht energisch jedem Versuch, die Verammlung der Internationale von einer verabredeten Uebereinkunft aller Sektionen über irgendeinen strittigen Punkt abhängig zu machen, vor allem über die These, daß das Proletariat eines angegriffenen Landes das Recht auf Unterstützung der Proletarier aller Länder, der kriegsführenden wie der nicht-kriegsführenden, habe. (Diese These ist von französischen Regierungssozialisten aufgestellt worden. D. R. des M.)

Die Pflicht der Sozialisten gegenüber dem Krieg — der, wie erkannt und erklärt, kein anderer als ein imperialistischer sein konnte — war deutlich auf den internationalen Kongressen vorgezeichnet und in den Resolutionen von Stuttgart, Kopenhagen und Basel festgelegt.

Die sozialistischen Parteien sollten sich unabhängig von ihren Regierungen halten und ihre sozialistische und revolutionäre Propaganda gegen den Krieg und den Kapitalismus nur intensiver gestalten. Die widerstandene Internationale wird ihren angeschlossenen Sektionen diese Pflicht auferlegen oder sie wird vergebliche Arbeit leisten.

Die Fraktion macht die Friedensformel der russischen Sozialisten vollständig zu der ihrigen, wie sie auch die von Zimmerwald und Kienthal war. . . . (Etwa 10 Zeilen ital. Jenzur.)

Auf die Formel der französischen Sozialisten sich berufend, die immer erklärten, daß sie niemals Krieg für die Wiedergewinnung Elsass-Lothringens führen würden, macht sie ihren Friedenswillen nicht von der militärischen Lösung dieser Frage abhängig, da sie allein durch Verklärung der ihr Geschick frei bestimmenden Völker gelöst werden kann. Diese Formel, daß nur die Völker die freie Wahl ihrer politischen Zugehörigkeit zu treffen haben, ist auf die vor dem Krieg von der einen oder anderen Mächtigkeitsgruppe abhängigen Nationalitäten anzuwenden, da keine kapitalistische Regierung genügende Sicherheiten bietet für die Aufrichtigkeit und Unabhängigkeit von der Klasse, deren Privilegien sie vertritt.

Die Schwierigkeiten, die die Regierenden des „liberalen“ Englands in den Angelegenheiten Irlands machen, zeigen deutlich das Maß der Unfähigkeit einer Klassenregierung, das Nationalitätsproblem zu lösen.

Da die derzeitigen Konflikte nur gelöst werden und die Sicherheiten für einen dauernden Frieden nur geschaffen werden können durch Verständigung der beteiligten Völker, muß das Vorgehen des internationalen Sozialismus nur daraufhin gerichtet sein, Bedingungen zu schaffen, die solche Verständigung ermöglichen. . . . (Etwa 4 Zeilen ital. Jenzur.)

Was die Formel: „ohne Kriegsschädigung“ betrifft, so versteht sie die Fraktion dahin, daß jede drückende Kontribution auch unter der Form einer Wiederherstellung des Schadens absolut zurückzuweisen ist. Da sie stets die gemeinsame Verantwortung der herrschenden Klassen behauptet hat, kann sie nur eine gemeinsame Beteiligung der Herrschenden an der Wiederherstellung der durch ihre Schuld und in ihrem Interesse verursachten Schäden anerkennen.

Was die Entschädigung der Kleinen, gegen ihren Willen in den Krieg gezogenen Völker betrifft, so erfordert es die Gerechtigkeit, daß sie dem Kapitalismus der großen Staaten und Kriegsurheber zufällt.

Die Unfähigkeit der Herrschenden, die Nationalitätenprobleme zu lösen, die eine Folge der Haub- und Gewaltspolitik der Jahrhunderte sind, würde sich ebenso in der Einrichtung eines „dauernden Friedens“ zeigen, der sich auf gesetzmäßige Beilegung der internationalen Konflikte gründet, wie sie aus dem ökonomischen Wettbewerb und den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht.

Wenn in der inneren Politik jedes Landes die Gesetzgebung sich schon unfähig zeigt, die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit zu lösen, wenn die wichtigsten Arbeitergesetze zu ihrer Durchführung des energischen Drucks des organisierten Proletariats bedürfen, wie könnte dann eine Gesetzgebung, deren Dasein und Wirkungskraft nur hypothetisch ist, internationale Streitigkeiten beilegen? Die politische Demokratisierung der Länder, die in gewissen Formen ihres inneren Lebens wirksam ist, ist keine genügende Bürgschaft für den Frieden.

Das Beispiel des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit und die Prüfung der Lage des Proletariats in den beiden Ländern, die zurzeit an der Spitze der rivalisierenden Koalitionen stehen: England und Deutschland, zeigen, daß, wenn das Interesse der herrschenden Klassen auf dem Spiel steht, die politische Form der sogenannten demokratischen Regierungen nicht immer einen Vorteil für die Arbeiterklasse bedeutet. In diesem wie in allen anderen Punkten bleibt die Fraktion ihrer vor dem Krieg anerkannten Lehren treu.

Im internationalen Sozialismus war man sich, auch wenn man die Friedensarbeit anderer Kreise unterschätzte, darüber klar, daß die beste Bürgschaft des Friedens die internationale Verständigung der Arbeiterschaft ist, daß das beste internationale Schiedsgericht die Arbeiterinternationale ist, die den Weltkapitalismus ohne Gnade zum Tode verurteilt und die Proletarier aller Länder aufgefördert hat, den Grundsatz zu befolgen, daß die einzige Kraft, die befähigt ist, den Frieden zu erhalten, das organisierte und über allen imperialistischen Interessen stehende Proletariat ist.

Die Zimmerwaldfraktion der französischen sozialistischen Partei kann daher eine aus den Vertretern der herrschenden Klassen gebildete Gesellschaft der Nationen nicht als befähigt erkennen, den Frieden, die Freiheit der unterdrückten Völker, den Sieg des Rechts über die Gewalt, und überhaupt die ganze gerechte Lösung der durch den Krieg und die kapitalistische Herrschaft entstandenen Fragen zu sichern. Nur die Gesellschaft der ihr Geschick bestimmenden Völker, also die sozialistische Gesellschaft, kann zu solchem Ziel gelangen.

Unter Hinweis auf den Amsterdamer Beschluß der Internationale (1904), weist die Fraktion jede Mitarbeit der Partei an der Regierung in Kriegs- wie in Friedenszeiten zurück.

(Der Rest, etwa 10 Zeilen, ital. Zensur.)

„Het Volk“ über die deutsche Mehrheitspartei.

Vor kurzem brachte der „Vorwärts“ mit Behagen ein Zitat aus einem Stockholmer Brief des Genossen Troelstra in „Het Volk“, in dem dieser die Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands kritisierte, weil sie durch ihr Herabsehen des Erreichens des Kriegstreibern in den Ententeländern die Arbeit nur allzu leicht mache. Wir haben nicht die Absicht, uns hier mit dem Genossen Troelstra auseinanderzusetzen, zumal wir leider den Stockholmer Brief nicht zur Hand haben und so nicht nachprüfen können, ob der „Vorwärts“ wieder einmal ein Stück aus dem Zusammenhang gerissen und dadurch die Tendenz des Urteils verschärft hat. Da aber das Scheidemann-Zentralorgan so große Freude an dem holländischen Parteiblatt zu haben scheint, wollen wir hier eine andere Notiz seines Auslandsredakteurs, des Genossen Van der Goes veröffentlichen, die sich mit der Auffassung Troelstras über die deutschen Regierungssozialisten beschäftigt. Die Notiz lautet:

„In dem Stockholmer Brief von Troelstra, der in unserm Blatt vom 6. August aufgenommen ist, erinnert der Schreiber an das eine und andere aus der längsten Vergangenheit der deutschen Mehrheitspartei in Sachen der Bewegung für den Frieden. „Diejenigen, die — fügt er (Troelstra) hinzu — nach alledem der Partei noch immer imperialistische Bestrebungen andichten, lassen dabei einen Mangel an Objektivität des Urteils erkennen, die man vor allem von uns außerhalb des Streites Stehenden verlangen muß.“ Auch in „Het Volk“ wird das noch immer getan, meint Troelstra.

Diesen Verweis glaube ich als der Redakteur, der an erster Stelle für den Inhalt der Auslandsrubrik verantwortlich gemacht werden muß, nicht unwillig sprechen lassen zu sollen. Es beruht meines Erachtens auf einer Begriffsverwirrung, deren sich Troelstra bei größerer „Objektivität im Urteil“ über das im Hauptorgan der Partei Geschriebene wohl nicht schuldig gemacht haben würde. Er bezeugt, ob zu recht oder unecht, daß Scheidemann und Genossen sich in den letzten Zeiten für die Friedensfrage verdient gemacht haben. Ungefähr dasselbe konnte Troelstra, wenn er wollte, auch in „Het Volk“ lesen. Aber folgt daraus, daß diese Partei nicht länger durch imperialistische Bestrebungen geleitet wird? Meines Erachtens würde das eine falsche und auch eine gefährliche Schlussfolgerung sein. Eine Partei kann mit all ihrer Kraft für das Friedensschließen eintreten, ohne aufzuhören, eine mehr oder minder imperialistisch gesinnte Partei zu sein. Ob die Welt auf das Friedensschließen warten muß, bis alle Parteien und Regierungen ihre imperialistischen Be-

strebungen aufgegeben haben? Natürlich nicht. Jede imperialistische Partei und jede imperialistische Regierung kann meinen, daß ein Ende dieses Krieges kommen muß. Aber der Friede, der schließlich die in dem Kriege ein Ende machen soll, wird geschlossen werden zwischen imperialistischen Herrschern. So kann auch die deutsche Mehrheitspartei zu den Friedensparteien gehören und doch die imperialistische Partei bleiben, die sie unter ihrer gegenwärtigen Leitung im Laufe des Weltkrieges geworden ist — eine Umwandlung, für die verschiedene der augenblicklichen Führer bereits früher öffentlich und mit großer Wärme eingetreten sind.

Eine imperialistische Partei wird, das ist wahr, von ihrer friedliebenden Gesinnung überzeugende Beweise geben müssen. Die deutsche der Scheidemann, David, Ebert, Legien usw. ist solange Kriegspartei gewesen mit einem eigenen Programm von Annexionen im Osten und „Bürgschaften“ im Westen, daß man gerade bei Objektivität des Urteils das Recht hat, greifbare Beweise zu verlangen, ehe man sie als Friedenspartei begründen kann. Ich selbst habe sie so in diesen Zeiten begründet. Danach jedoch hat sie aufs neue die Kriegskredite gutgeheißen. Die neue Wendung, daß die Fraktion die Gelder für die Fortsetzung des Krieges nicht der Regierung, sondern der deutschen Nation zugeht, hat die besseren Erwartungen nicht bestärken können. Wie der Wortführer der Minderheitspartei bemerkte, ist das eine wenig stichhaltige Begründung. Es ist noch stets nicht das Volk, es ist noch immer die Regierung, auf der die Leitung des Kampfes und die Verantwortlichkeit für ihn liegt. Tatsächlich hat sie mit aus den Händen unserer Parteigenossen von der rechten Seite die Mittel zur weiteren Kriegführung erhalten — über die, wie Reichskanzler Michaelis versicherte, zwischen der Regierung und der obersten Heeresleitung vollkommene Übereinstimmung besteht. Viel mehr, denn daß die Mehrheitspartei ihre Kriegsforderungen und Friedensbedingungen niedriger gestellt hat, kann m. E. nicht behauptet werden. Von Bedeutung ist unter anderem auch, daß bei der Abstimmung über die Resolution der Reichstagsmehrheit die Polnische Fraktion sich der Stimme enthielt, weil sie Ursache hatte, den Plänen der Mehrheit in bezug auf Polen nicht zu trauen.

Daß Troelstra eine andere Auffassung bekommen hat, ist eine Tatsache, deren Bedeutung jeder zu würdigen wissen wird. Aber trotzdem muß es m. E. zu wünschen bleiben, in diesen unerfreulichen und delikaten Angelegenheiten eine sehr wohl zu verteidigende Meinungsverschiedenheit nicht allzu eilig als Mangel an Objektivität des Urteils bei Andersdenkenden zu erklären. Vergessen wir nicht, daß so anerkannte Parteigenossen wie Rautsky und Bernstein, wie der frühere Vorsitzende des deutschen Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion Haase mit ihren früheren Mitkämpfern gebrochen haben gerade wegen ihrer imperialistischen Ziele.

Van der Goes.

Troelstra kann es aber trotzdem nicht unterlassen, seinen lieben deutschen Regierungssozialisten beizuspringen. Er schreibt erneut:

„Ich habe gedacht und gewünscht, daß meine wenigen Worte v. d. Goes veranlassen würden, endlich einmal mit einem urkundlichen Beweis für seine immer wiederholte Behauptung heranzutreten, daß die deutsche Sozialdemokratie sich dem Imperialismus verschrieben habe. Die deutsche Minderheit, die v. d. Goes als Kronzeuge dafür angeführt wird, hatte ich Gelegenheit in den Vorkonferenzen unseres Komitees über diesen Punkt zu hören, wie ich auch die Darlegung der Mehrheitspartei selber über ihre Friedensaktionen und Friedensabsichten entgegennahm. Dabei wurde ich in meiner Meinung bestärkt, daß die Mehrheitspartei in der Beurteilung der unmittelbaren Kriegsurachen der offiziellen deutschen Darstellung nicht kritisch genug gegenübersteht und auch den Militarismus als selbständigen zum Kriege drängenden Faktor besonders in Deutschland unterschätzt. Ebenso aber wurde ich in meiner Auffassung bestärkt, daß die eigenen Absichten der Partei in diesem Kriege und ihr eigenes Streben nach Frieden nicht von imperialistischen Gesinnungen beherrscht werden. Es ist doch wohl kurios, eine Handlung (die Bewilligung der Kriegskredite), die gerade notwendig war, um die Mehrheit des Reichstags zu einer ausdrücklichen Abweisung jedes imperialistischen Kriegszieles zu bringen, als Beweis dieser imperialistischen Absichten angeführt zu sehen. Wenn diese Argumentation einen Wert haben soll, was sagt v. d. Goes denn da von den französischen Sozialisten, welche die Kriegskredite bewilligten in einer Zeit, wo ihre Regierung dem Zaren die Annexion Konstantinopels einräumte und ausweislich der Rede Ribots ihr eigenes Kriegsziel bis auf die Annexion der Rheinlande ausgedehnt hatte? Ich will diese Beispiele nicht vermehren. Aber ich bin überzeugt, daß die nächste Zukunft die Legende, als ob Imperialismus nur bei der deutschen Regierung zu finden ist, mehr und mehr lägen lassen wird. Auch v. d. Goes wird nicht bestreiten können, daß die Antwort der Entente an Wilson keine rein defensive war, sondern ein aggressives, von imperialistischen Tendenzen durchwobenes Kriegsprogramm enthielt. Wenn also aus den von v. d. Goes angegebenen Gründen die deutsche Mehrheitspartei imperialistischer Absichten gelassen werden soll, dann gilt dies von allen sozialistischen Parteien, die jemals ihren Regierungen Kriegskredite bewilligt haben. In ganz Deutschland bezeichnet man einen Frieden ohne Annexionen als einen Scheidemann-Frieden. In unseren Kreisen aber wird Scheidemann noch immer das Kreuzzeichen der Imperialisten aufgedrückt. Da wird v. d. Goes mit besseren Beweisen aufwarten müssen.“

Der „Vorwärts“ druckt natürlich freudestrahlend diese gute Zensur ab.

Troelstra scheint keine Ahnung von den zahllosen Stillschüßungen der Zensur, Cunow, Quessel, Cohen und

anderer deutscher Sozialimperialisten zu haben. Diese Herren durften jahrelang die weitgehendsten imperialistischen Ziele verfolgen. Der Parteivorstand hat es geduldet und durch sein Schweigen gebilligt. Aber selbst wenn der Vorstand für sich selbst keine imperialistische Politik machen wollte, so hat er durch seine bürgfriedliche Verbrüderung mit den imperialistischen Gewalten den Imperialismus im Sattel gehalten trotz aller Friedensresolutionen, die ja mit den politischen Tatsachen in Widerspruch stehen. Troelstra bringt sich durch seine Verteidigung der deutschen Regierungssozialisten um jedes Vertrauen auf Unparteilichkeit, um Vertrauen, auf dessen Erhaltung ihm als leitenden Mitglied des Stockholmer Komitees doch sehr gelegen sein sollte.

Im Uebrigen hat Troelstra Recht, wenn er sagt, daß der Imperialismus nicht nur bei der deutschen Regierung zu finden sei. Die kriegsführenden Regierungen sind allzumal Sünder. Pflicht der sozialistischen Parteien der einzelnen Länder ist es aber, mit dem heimischen Imperialismus kräftig und unabweisend aufzuräumen und abzurechnen.

Unternehmergewinne.

Die Unternehmer klagen über unverhältnismäßig hohe Löhne und streichen immer höhere Gewinne ein. Hier einige Proben:

Die Bergbau- und Hütten-A.-G. in Herdorf erhöht sich für 1915/16 auf 20 Proz. bemessene Dividende auf 25 Proz. und sie kann überdies 2 050 140 Mk. auf neue Rechnung vortragen — bei 4 Millionen Mark Aktienkapital. — Das Eisenwerk Maximilianhütte verteilt wie im Vorjahre diesmal wieder 12 Proz. Dividende, obwohl der Betriebsgewinn um 3/4 Mill. Mk. größer ist. Der Ueberschuß soll dazu dienen, eine Anlage bei Hamm, die erforscht ist, auf den letzten Wert abzuschreiben. — Die Gruselwitz-Textilwerke A. G. in Reusatz steigerte den Reingewinn von 640 567 auf 1 013 188 Mk. Der Erzeugnisstoff bringt was ein.

Von 16,7 Mill. Mk. auf 23,5 Mill. Mk. steigerte der Lothringer Hüttenverein Kummel-Friede seinen Ueberschuß, obwohl man bei den einzelnen Unternehmen bereits 4,4 Mill. Mk. abgeschrieben hatte, (1915/16 3,1 Mill. Mk.) wurden nochmals 12,5 Mill. Mk. (im Vorjahre 6,5 Mill. Mk.) zu Abschreibungen verwendet. Trotzdem erhöhte sich der Reingewinn noch von 8,4 Mill. Mk. auf 9,4 Mill. Mk. Die Aktionäre bekommen zwar nur 10 Proz. Dividende, es werden aber auch noch über 2 Mill. Mk. auf neue Rechnung vortragen.

Das Eisen- und Stahlwerk Krone A.-G. in Völs, das 1915 keine Dividende verteilte, bringt für das letzte Jahr 22 Proz. Dividende heraus. — Die mit 1 Million Mark Aktienkapital arbeitende Gladbacher Wollindustrie verteilte wieder 20 Proz. Dividende; sie hat dabei ihren Bestand an Wertpapieren von 2,9 Mill. Mk. auf 4,4 Mill. Mk. erhöht. Das Konto der Debitoren hat sich nicht verändert, das der Kreditoren ist von 1,23 nur auf 1,62 Mill. Mk. angewachsen; die Bankguthaben verminderten sich um 600 000 Mk., ein glatter Wertzuwachs von rund 1 Mill. Mark verbleibt. — Die Gummiwarenfabrik Harburg-Wien steigerte die Dividende von 12 auf 18 Proz.

Glänzend rentiert das Konservenmachen. Die Braun A.-G. Piedersheim hat im vorigen Jahre 25 Proz. ausgeschüttet, außerdem auf je 10 Aktien eine neue Gratisaktie. Auf das erhöhte Kapital bekommen die Papierhaber nun 14 Prozent. Infolge Rohstoffmangel ist der Absatz stark zurückgegangen; trotzdem sank der Reingewinn nur von 637 102 Mk. auf 486 884 Mk. Das ist über ein Drittel des jetzigen durch Gratisaktien erhöhten Kapitals. Und bei alledem hat sich der Wert der Vorräte von 0,46 Mill. Mk. auf 2,07 Mill. Mk. erhöht. Das Aktienkapital ist mittig doppelt in Vorräten vorhanden, ganz abgesehen von den Anlagen.

Wie hoch die Kohlenwerte eingeschätzt werden, davon zeugt ein Vorgang im Aktienverkauf. Die Zunderfabrik Körbisdorf ist im Besitze von Braunkohlenfeldern. Danach lästete es der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Sie ließ die erforderlichen Aktien der Körbisdorfer Gesellschaft ankaufen zu einem Kurse von 282 Prozent; der Steuerkurs der Aktien betrug nur 185 Prozent. Das Badische Unternehmen will sich wohl unabhängig vom Kohlenmarkt machen, um der Steigerung der Kohlenpreise zu entgehen. Sie wird trotz des hohen Kurzes auch vorteilhaft abschneiden und die Aktionäre von Körbisdorf bekommen einen Haufen Geld — ohne Arbeit.

Nach einer Zusammenstellung der Bergarbeiter-Zeitung steigerten zwölf Aktiengesellschaften ihre Gewinne von 50 428 618 Mk. im Jahre 1914 auf 73 810 587 Mark oder beinahe um 50 Prozent. Darunter sind: Konsolidation von 6 641 766 Mk. auf 10 235 721 Mk., Bahlschuss von 2 470 398 auf 3 800 305 Mk., Essener Steinkohlenwerke von 4 806 643 auf 7 165 291 Mk., Friedrich Heinrich von 4 452 025 auf 6 271 375 Mk., Sibirnia von 10 938 880 auf 16 073 947 Mk., Rhein-Neueffener von 6 710 762 auf 10 634 306 Mk., Königshorn von 3 720 354 auf 5 299 197 Mk. Hierbei handelt es sich um reine Kohlenwerke. Enorme Gewinne warfen ab die oft gemischten Werke des rheinisch-westfälischen Industriegebietes: Bochumer Verein 1914: 16 613 511, 1915: 22 600 000 Mk.; Deutsch-Luxemburg 29 080 276 bzw. 38 393 407 Mk.; Gelsenkirchener 38 206 515 bzw. 53 066 031 Mk.; Krupp 58 339 788 bzw. 103 338 234 Mk.; Rannese-mann 16 804 139 bzw. 31 184 176 Mk.; Gutehoffnungshütte 20 603 642 bzw. 43 372 644 Mk.; Phönix 45 415 972 bzw. 57 842 557 Mk. und Rhein. Stahlwerke 10 044 964 bzw. 12 296 548 Mk.; insgesamt 240 078 971 bzw. 362 075 633 Mk. oder um 121 996 662 Mk. das sind über 50 Proz. Gewinnsteigerung.

Für unsere Jugend.

Was heißt Sozialismus?

II. *)

Wir haben in unserem ersten Artikel gesehen, daß das Ziel des Sozialismus darin besteht, das heutige Privateigentum an Produktionsmitteln (Grund und Boden, Bergwerke, Fabriken, Schiffe, Maschinen usw.) umzuwandeln in gesellschaftliches Eigentum, das von der Allgemeinheit verwaltet wird und dessen Ertrag allen Gliedern der Allgemeinheit zugute kommt. Ist eine solche neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung möglich? Bedarf es nicht der Besitzer und Unternehmer, unter deren Leitung und Aufsicht die Maschinen laufen, die Fabriken Waren herstellen, die Schiffe fahren usw.? Die Antwort auf diese Fragen gibt uns ein Blick auf den Stand der Industrie, vor allem der Großindustrie. Welcher Arbeiter eines Großbetriebes kennt denn heute überhaupt den Besitzer oder Unternehmer? Keiner. Denn es ist überhaupt kein Einzelbesitzer oder Einzelunternehmer mehr da. Die großen Betriebe sind in der Regel Aktiengesellschaften. Die Arbeit in ihnen wird von angestellten oder bezahlten Beamten geregelt und überwacht. Die Direktoren, leitenden Ingenieure usw. erhalten wohl hohe Gehälter und sonstige Zuwendungen vom Gewinn, aber sie sind und bleiben doch Angestellte, die man wie jeden Arbeiter fortschicken kann, wenn man sie nicht mehr haben will. Die eigentlichen Besitzer aber sind die Aktionäre, d. h. Leute, die für ihr Geld Anteilscheine an dem Betriebe gekauft haben, dafür Zinsen erhalten und außerdem den Reingewinn in Form von Dividenden unter sich verteilen. Mit der Arbeit des Betriebes haben sie aber nicht das mindeste zu tun. Viele von ihnen wissen kaum, wo der Betrieb, dessen Mitbesitzer sie sind, liegt und wie es in ihm aussieht. Sie lassen durch einen sogenannten Aufsichtsrat die Geschäftsführung des Betriebes überwachen und sich in einer Generalversammlung Bericht erstatten und den Gewinn zuweisen. Wir haben also hier schon eine Art gesellschaftlichen Eigentums innerhalb der heutigen kapitalistischen Welt. Die Besitzer der großen Aktienunternehmungen rühren keinen Finger, aber sie streichen den Ertrag ein. Einige wenige genießen die Früchte der Arbeit von vielen Tausenden Arbeitern und Beamten. Da ist es sehr wohl denkbar und möglich, daß diese Wenigen enteignet (expropriert) werden, daß die Allgemeinheit den Besitz der Betriebe übernimmt, die Arbeit regelt und überwacht, den Ertrag der Arbeit aber wieder der Allgemeinheit zugute kommen läßt. Hand in Hand damit muß natürlich die Schaffung einer Staatsform gehen, in der nicht wie heute einzelne Klassen die Führung haben, sondern alle Schichten der Bevölkerung gleichmäßig mit staatsbürgerlichen Rechten ausgestattet sind. Auch die Volksbildung müßte auf anderen Grundlagen aufgebaut werden, damit ein Jeder, der Rechte beansprucht, sich der Pflichten bewußt wird, die er einer solchen neu geordneten Allgemeinheit schuldig ist. Ein Jeder soll Mitgenuß und Mitbestimmungsrecht haben an dem, was durch und für die Allgemeinheit geschaffen wird, aber er hat auch für die Allgemeinheit nach seinen Kräften und Fähigkeiten zu arbeiten. Durch eine solche Umwandlung der Besitz- und Arbeitsverhältnisse könnte die Arbeit erst ihren rechten Wert und ihre rechte Würde erhalten.

So zeigt uns ein Blick auf die Aktiengesellschaften, daß das sozialistische Ziel: Vergesellschaftung des Privateigentums an Produktionsmitteln kein Hirngespinnst, keine Schwärmerei ist, daß vielmehr schon heute innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung Kräfte auf dieses Ziel hindeuten. Das zeigt uns ferner u. a. die Tatsache, daß schon heute ein großes Betriebsunternehmen gesellschaftliches Eigentum geworden ist, wenn darüber auch nur der heutige, unvollkommene Klassenstaat verfügt. Es sind das die Eisenbahnen. Diese gehören dem Staate, werden von ihm verwaltet und ihr Ertrag kommt ihm wieder zugute. Der heutige Staat ist gewiß nicht unser sozialistisches Ideal, aber in gewissem Sinne stellt er eine Allgemeinheit dar, da in bezug auf das Verkehrs- und Privatvermögen an Produktionsmitteln ausgeschaltet ist. Und wenn der heutige Staat die Einnahmen aus Eisenbahnen für seine nicht-sozialistischen Zwecke verwendet, wenn die Eisen-

bahnen nicht allein als Geldquelle, sondern auch militärisch-kriegerischen Zwecken dienen und das arbeitende Volk an ihrem Betriebe viel auszu-sehen hat, so zeigt doch ihr Beispiel, daß eine umfassende Vergesellschaftung von Produktionsmitteln sehr wohl denkbar und möglich ist. Es bedarf nur einer gerechteren und freieren Umgestaltung des Staates, damit die Früchte der gesellschaftlichen Produktion allen Schichten der Allgemeinheit zugute kommen.

Daß auch die gleichmäßige Verteilung erzeugter Güter unter die Allgemeinheit technisch möglich ist, das zeigt uns diese Kriegszeit mit ihren vielen Lebensmittelarten, Bezugscheinen usw. Gewiß, diese heutige Verteilungsart strotzt von Mängeln und Unzulänglichkeiten. Sie ist ein Kind der Kriegsnot und man greift zur zwangsweisen Verteilung, weil die Vorräte knapp sind. Aber es ist sehr wohl möglich, daß eine gerechte, ausreichende und gleichmäßige Verteilung durchgeführt wird, wenn von allem, was zum Lebensunterhalte gebraucht wird, genügend vorhanden ist und unbeschränkt produziert und aus dem Auslande eingeführt werden kann. Was für den Krieg ein unzureichender Nothelfer war, bei dem Bucharer und reiche Leute am besten abschneiden, kann im Frieden bei reichen Vorräten, unter genügender Kontrolle des Volkes sehr wohl durchgeführt werden. Die gesellschaftliche Arbeit und die gerechte Verteilung der geschaffenen Werte kann verhüten, daß Hungerige vor den lockenden Schaufenstern der Bäckerei- und Fleischerläden stehen, während daneben reiche Schlemmer prassen. Dann brauchen arme Teufel auch nicht mehr frierend und sehn-süchtig die Auslagen der großen Kleider- und Schuhgeschäfte zu betrachten, während ihnen der kalte Winterwind durch den dünnen Rock pfeift und das Regenwasser ihre durchlöchernten Schuhe füllt.

Wer ist aber zur Schaffung einer solchen neuen und gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung berufen? In erster Linie die, die an der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Zustände am wenigsten interessiert sind. Es ist das in allen Staaten und Ländern die Arbeiterklasse, oder wie man mit einem Fremdworte sagt, das Proletariat, wobei man unter Proletariat nicht bloß die Fabrik- und Handarbeiter verstehen darf, sondern alle, die heute mit Hand und Kopf für das kapitalistische Privateigentum arbeiten müssen, ohne einen gerechten Anteil an dem Ertrag ihrer Arbeit zu erlangen. Die Bevölkerungsschichten, die am schwersten um das tägliche Brot arbeiten müssen, die die Ungerechtigkeit der heutigen gesellschaftlichen Zustände am bittersten empfinden, die im heutigen Staate einen Stiefvater sehen müssen, die haben nur vom Sozialismus und von der Verwirklichung seiner Ziele Heil und Rettung zu erwarten. Die heutige Gesellschaft bietet ihnen wohl Almosen, wohl sucht der heutige Staat der Arbeiterklasse mit allerlei gesellschaftlichen Stütz- und Stützwirk entgegenzukommen, aber eine gründliche Besserung der Lage der arbeitenden und unbemittelten Bevölkerungsschichten kann nur durch gründliche Umwandlung der heutigen Eigentums- und Produktionsverhältnisse, durch eine gerechte, dem gesamten Volksinteresse dienende Neuordnung des Staatslebens, durch bessere geistige Durchbildung der breiten Massen erfolgen.

Die Arbeiterklasse aber kann die Verwirklichung der sozialistischen Ziele erst durchführen, wenn die Massen, aus denen sie besteht, ihre Lage erst einmal richtig erkannt und die sozialistischen Lehren wenigstens in ihren Grundzügen begriffen haben. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen leben noch stumpf und dumpf wie die Arbeitstiere dahin, viele sind noch von allerlei religiösen, nationalen und kleinbürgerlichen Vorstellungen befangen und stehen dem Sozialismus gleichgültig oder gar feindlich gegenüber. Da müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen, die schon in die Schule des Sozialismus gegangen sind, dafür sorgen, daß im Kreise ihrer Arbeitsgenossen und Bekannten die Erkenntnis der sozialistischen Ziele und Aufgaben immer weiter verbreitet wird. Und neben der Aufklärungsarbeit, die jedem, dem es um die Verwirklichung des Sozialismus ernst ist, obliegt, heißt es auch die Kampfmittel der Arbeiterschaft, ihre Organisationen, stärker und zahlreicher zu machen. Mit Hilfe der Gewerkschaften wollen die Arbeiter sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erringen. Die politische Organisation aber, die Partei, soll im Interesse der Arbeiterklasse alle Gelegenheiten wahrnehmen, den Staat und die Gesellschaft in Richtung des sozialistischen Endzieles umzuwälzen. Das wird um so schneller geschehen, je mehr die

Erkenntnis des Sozialismus in die Köpfe und Herzen der Arbeitermassen eindringt, je stärker ihre Organisationen sind und je energischer diese auf dem Wege zum Sozialismus vorwärts drängen. Der Einzelne aber muß diesem Werke Tatkraft und Begeisterung widmen.

Das ist, lieber junger Freund, in großen Umritten, was wir unter Sozialismus verstehen. Du bist ein Arbeiterkind und Arbeit ist dein Los. Aber du wachst heran und kannst in wenigen Jahren tätigen Anteil an der Verwirklichung des Sozialismus nehmen. Heute aber kannst du das, was hier nur angedeutet wurde, noch ausbauen und vertiefen, wenn du dein Wissen vom Sozialismus vermehrest durch Lesen belehrender Bücher, Anhören von Vorträgen, Umgang mit Gleichgesinnten. Gerade nach den furchtbaren Kriegsjahren braucht der Sozialismus begeisterte Vorkämpfer und ganze Mannen. Willst du zu diesen zählen, so nütze deine jungen Tage!

Ein Protest.

In der Sache des Barmer Jugendgenossen, der wegen seiner unvorschriftsmäßigen politischen Auffassung in Zwangsreizehung kommen soll, erklärt der Verband freideutscher Jugend eine Erklärung, in der es heißt:

„Nicht die etwa straffälligen Handlungen des Jugendlichen — Land- und Kammergericht waren über das Vorliegen einer straffälligen entgegengesetzter Ansicht — noch die daraus folgende Tatsache einer Verurteilung, sondern der Geist, der aus der Urteilsbegründung spricht, fordert unsere Stellungnahme heraus. In dieser Urteilsbegründung wird, offenbar nach sorgfältiger Ueberlegung, als Grundgesetz nichts anderes aufgestellt als das Recht, ja sogar die Pflicht des Staates, eine bestimmte Gesinnung seiner Staatsangehörigen bis zum 21. Lebensjahre mit Zwangsmitteln durchzusetzen. Gegen diese Vergewaltigung der jugendlichen Gewissen legen wir mit aller Schärfe Verwahrung ein. Wir sind überzeugt, daß derartige Zwangsmittel es weiten Kreisen unseres Volkes erschweren müssen, sich aus freier Ueberzeugung in Liebe zu ihrem Vaterlande zu bekennen, daß im Gegenteil dadurch eine knechtische Zwangsgesinnung oder aber ein erbitterter Haß großgezogen wird. Unsere Mitglieder gehören der Jugend des Mittelstandes, also nicht der unmittelbar getroffenen Arbeiterjugend an. Dennoch können wir nicht anders als entschieden Verwahrung einlegen. Um unseretwillen: weil mit der grundsätzlichen Unterdrückung der Gewissensfreiheit auch das Gewissen eines jeden von uns vergewaltigt wird. Ebenso aber müssen wir auch für die Ueberzeugungsfreiheit unserer gleichalterigen Volksgenossen mit unserer ganzen Kraft eintreten. Wir lieben unser Vaterland und wollen die stolze Ueberzeugung haben, daß es an Freiheit der persönlichen Ueberzeugung hinter keinem Lande der Welt zurückstehe.“

Bemerkenswert an dieser Erklärung ist die Tatsache, daß der Verband freideutscher Jugend mit der „Freien Arbeiterjugend“ nicht das Geringste zu tun hat, sondern ihr entgegengesetzte Tendenzen vertritt.

Militärische Untersuchung gegen die „Freie Jugend“.

Das Organ der schweizerischen Jugendbewegung, die in Zürich erscheinende „Freie Jugend“, betreibt eine leidenschaftliche antimilitärische Propaganda. Wegen einiger angeblich aufreizender Artikel in den letzten Nummern, die in Sonderabzügen massenweise den zur Neutralitätsbewahrung einberufenen Soldaten zugesandt worden sind, hat die Militärbehörde jetzt zwei der unter der Waffe stehenden Verbreiter und den Redakteur festgenommen und Hausdurchsuchung im Sekretariat der Jugendorganisation vornehmen lassen. Die Gerichtsverhandlung steht unmittelbar bevor.

Die Jugendweihede der Berliner Arbeiterschaft

findet am Sonntag, den 23. September, vormittags 10^{1/2} Uhr in dem Festsaale des Berliner Stadthauses, Klosterstraße, wegen der besonderen Zeitverhältnisse gemeinsam mit der Weihede der freireligiösen Gemeinde statt. Für eine Weihede in unserem Sinne ist im Programm weitgehendst Rechnung getragen. Anmeldungen haben spätestens bis zum 5. September bei einer der nachstehend benannten Stellen zu erfolgen:

1. Jugendsekretariat für Groß-Berlin“ oder „Verbandsbüro der sozialdemokratischen Wahlvereine“, Berlin D 27, Schilderstr. 5. Tel.: Alexander, 3007. Bürozeit von 9—7, Montags, Mittwochs und Freitags bis 9.
2. Bei Kirchmeyer, Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 125.
3. Arbeiter-Jugendheim 1, Berlin N, Brunnenstr. 70.
4. II, Berlin D, Königsberger Str. 7.
5. Büro des Wahlvereines des 4. Kreises, Berlin D 17, Strahlauer Platz 10-11. Telefon: Königstadt, 3759.
6. Büro des Wahlvereines des 6. Kreises, Berlin N 39, Gerichtstr. 71. Telefon: Norden, 2137.
7. Büro des Zentralwahlvereines Niederbarnim, Berlin D 112, Neue Bahnhofstr. 31. Telefon: Königstadt, 3912. Sprechzeit von 4—7 Uhr nachm.
8. Büro des Zentralwahlvereines für Teltow-Beeslow-Storfow-Charlottenburg, Neutölln, Redarstr. 3. Tel. Neutölln, 1894.

Die Anmeldungen können mündlich bei diesen Stellen gemacht werden, am besten aber schriftlich an das Jugendsekretariat für Groß-Berlin, wobei angegeben ist: 1. Vor-

*) Nr. I dieses Artikels siehe Nr. 19 des Mitteilungsblatts.

und **Entnahme des Kindes**, 2. Geburtstag, 3. Wohnung am 5. September und 4. Vor- und Zunahme des Vaters. Den Weibteilnehmern geht in den ersten Septembertagen dann nähere Mitteilung zu. Billetts sind vom 1. September ab nur bei unferen Kameldestellen, keinesfalls aber am Saaleingang zu haben und kosten für Erwachsene 40 Pfg. und für Kinder 20 Pfg.

Das Programm besteht aus: Festansprache, Kinderchor, und musikalischen Darbietungen. Außerdem findet eine Bücherverteilung an die Weibteilnehmer statt. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nach dem 5. September eingehende Anmeldungen nicht mehr berücksichtigt werden können. Es wird vielmehr gewünscht, die Anmeldungen recht zeitig einzusenden, um Schwierigkeiten zu vermeiden.

Für die Frauen.

Weibliche Todesbataillone. Der russische Genosse W. Petrowitsch (Wogoljubow) veröffentlicht in einem Brief von der Front einen leidenschaftlichen Protest gegen die zurzeit in Rußland betriebene Agitation für die Anwerbung von Frauen für den Militärdienst: „Im Namen der Menschlichkeit erhebe ich meine Stimme gegen die Anwerbung von Frauen für die Front, gegen die Schaffung von weiblichen „Todesbataillonen“.

Wenn der Krieg bisher die Frauen nur für Werke der Mühseligkeit auf die Schlachtfelder rief, — dürfen wir, die wir für den Frieden der ganzen Welt eintreten, die Frauen nun auffordern, am Werke des Todes mitzuschaffen?

Es genügt nicht, bloß die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen zu schaffen, die den Krieg als solchen unmöglich machen sollen, — man muß auch die Psyche der Menschen in dieser Richtung erziehen. Tun wir das, wenn wir den wahnstinnigen Blutraub auch in die Reihen der Frauen hineinragen?

Im Kriege verrohen die Sitten, im Kriege werden die Menschen zu Bestien — kein Krieg hat noch diese Wahrheit widerlegt.

Die Verteidiger des Rechts der Frauen auf den Krieg, alle, die das Aufstehen weiblicher „Todesbataillone“ begrüßen, werden natürlich in der Geschichte genug Beispiele zur Verteidigung ihres Standpunktes finden, und je weiter sie in der Geschichte zurückgreifen, desto mehr solcher Beweise werden sie finden.

Hat aber die russische Revolution nicht deshalb alle Völker ausgerüttelt, weil sie in den Tagen des blutigen Wahnsinns wie ein neuer Stern im Osten aufleuchtete? Schlimm wird es um unsere Revolution bestellt sein, wenn sie als ersten Punkt der Deklaration der Frauenrechte das Recht der Anteilnahme der Frau an der blutigen Orgie der Völker erklärt wird.

Es heißt, die Schaffung weiblicher Todesbataillone werden einen starken moralischen Einfluß auf die Männer ausüben: sie würde den Geist der Truppen heben, sie zu bewußter Pflichterfüllung anhalten.

Jede liebende oder geliebte Frau, sei sie Schwester, Mutter oder Weib, kann das vollbringen, ohne jedoch Gewehr oder Bajonett zur Hand zu nehmen und Wunden und Tod um sich her zu verbreiten.

Und endlich das Letzte: alle, die unmittelbar an den Kämpfen teilgenommen haben, wissen, welchen Grad der Vertierung der Mensch erreicht, wenn er vom dampfenden Blut heraus tritt; sie wissen, wie viel des Furchtbaren sich oft hinter dem häufigen Schluchpaß der offiziellen Generalstabberichte verbirgt: „alle Verteidiger wurden mit dem Bajonett niedergemacht“.

Man muß noch besonders darauf hinweisen, welches Schicksal die Frauen erwartet, wenn sie sich schwächer erweisen, als die im Blutrausch daherstürmenden, angreifenden Männer?

Mit der Agitation unter den Frauen beschäftigte sich dieser Tage eine von weiblichen Funktionären besuchte Konferenz sozialdemokratischer Frauen in Groß-Berlin. Es wurden die verschiedensten Anregungen gegeben und besprochen. Zum Schluß erhoben die Genossinnen unterschieden Einpruch gegen die beabsichtigte Gaspreisverhöhung der Berliner städtischen Behörden und sandten einen in diesem Sinne gehaltenen Widerspruch an die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordneten.

Die Lesabende in Groß-Berlin sind eingerichtet zur theoretischen Schulung unserer Genossinnen. Der Krieg hat auf den Besuch der Lesabende recht ungünstig eingewirkt. Die Schwierigkeiten in der Beschaffung der Lebensmittel, starke gewerbliche Tätigkeit, Unterernährung, seelisches Leid zermürbt die Frauen und macht sie vielfach unfähig, die Lesabende zu besuchen. Aus diesem Grunde sind vielfach Lesabende zusammengestellt worden. Die Themas, die besprochen werden, wenden sich mehr den Tagesfragen zu, die den Frauen am nächsten liegen. In einer Anzahl Lesabende, die in verfloßener Woche in Berlin stattfanden, wurde die bevorstehende Gaseinschränkung und der Kohlenmangel besprochen.

Frauen im Zentralvorstand der nationalliberalen Partei. Die Teilnahme von Frauen am politischen Leben ist von den bürgerlichen Parteien freis bekämpft worden. Die Frau gehört ins Haus, war die ständige Nebenart. Der Krieg mußte erst kommen, um diese rückwärtliche Ansicht mehr und mehr zu zerstören. Jetzt hat der geschäftsführende Ausschuß der nationalliberalen Partei beschlossen, drei Vertreterinnen von Frauenvereinen sich und Stimme im Zentralvorstand zu gewähren.

Aus der Zeit.

Reichsgraf und Beerenruher. Aus Stralsberg in Schlesien berichtet die „Dresdener Morgen-zeitung“ unter der Ueberschrift:

„Jagdvergnügen und Volksernährung.“ Im Riesengebirge erregt es heftigen Unwillen, daß Graf Schaffgotsch in Warmbrunn, einer der größten und reichsten Grundbesitzer Schlesiens, weite Stellen Him-

beergebüsch vor der Ernte der Früchte hat abmähen lassen. Graf Schaffgotsch läßt diese Maßregel, die unter den Einheimischen und Fremden lebhafteste Empörung hervorgerufen hat, in der Deffentlichkeit mit der Erklärung verteidigen, daß die dadurch vernichteten Himbeeren für die Volksernährung nicht ins Gewicht fielen, er aber das Himbeerbeeren im Winter zur Ernährung seines großen Wildlandes unbedingt gebrauche. Deshalb werde er das Verfahren auch weiterhin anwenden.

Es ist kaum fahbar, daß einer der reichsten Männer des Landes, der Millionengewinne aus der Erhöhung der Holzpreise während des Krieges erzielt hat, sich zu solcher Anschauung in einer Zeit bekennt, in der die Bauern ihr Wildland zur Ernährung des Volkes hergeben müssen und wirklich alle, aber auch alle Veranlassung vorliegt, unnötige Verbitterung zu vermeiden.

Der katholische Reichsgraf von Schaffgotsch, der diese Anordnung trifft, war schon vor dem Kriege 21 facher Millionär und besaß einen Grundbesitz von 90 850 Hektar im Werte von 12 Millionen Mark. Daß er auf seinen 80 000 Hektar kein anderes Wildfutter finden kann als Himbeersträucher, von denen die Armen gern die Beeren geerntet hätten, und daß die Sträucher gerade vor der Beerenreife geerntet werden mußten, werden ihm alle Leute gern glauben.

Sechs Todesurteile und 91 Jahre schweren Kerkers. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht ganz unglaubliche österreichische KriegsgerichtsUrteile; sie beweist damit die Notwendigkeit der allgemeinen Amnestie, die in Oesterreich erlassen wurde. In ihrer Donnerstag-Knummer bringt sie folgendes:

„Die 21 Jahre alte Kontoristin Aurelie Kolik schickte im September 1914 ihrem Onkel Wladimir Kolik einen Brief und legte diesem Brief eine Abschrift von Proklamationen des Zaren und des Generals Rennenkamps bei, die von einem russischen Aéroplan auf die österreichischen Truppen herabgeworfen worden waren, und die sie bei dem Besuch eines verwundenen Soldaten hatte im Lazarett liegen sehen. Das Mädchen wurde wegen dieser Abschrift zum Tode verurteilt. Der Onkel schrieb die Proklamationen in sein Notizbuch und las sie eines Tages im Aufsichtsrat der Brünnener Bodenkreditanstalt dem Beamten Gladil vor und ließ diesen eine Abschrift machen. Wegen Gestattung dieser Abschrift wurde der Onkel Kolik ebenfalls zum Tode verurteilt. Der Beamte machte drei Abschriften und gab sie an Bekannte weiter. Er wurde dafür zum Tode verurteilt, zwei seiner Bekannten, die die Proklamationen nur gelesen und die Abschriften sofort verbrannt hatten, erhielten 5 und 3 Jahre schweren Kerker. Der dritte, Paral, leiht die Abschrift seinem Bureaukollegen Breganzky, der sich gleich zwei Abschriften machte; wegen dieses Vergehens ist er zum Tode verurteilt worden! Der Versicherungsbeamte Bruch ließ dabei die Proklamation; er wird zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt. Breganzky gibt eine Abschrift der Beamtin Pfofa, die andere seinem Freunde, dem Zuckerbäcker Toman; er wird zum Tode verurteilt! Toman ließ sie durch, und aus Besorgnis vor Schaden vernichtete er sie; er wird zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt. Die Pfofa ließ zu Hause in Gegenwart ihrer Quartiergeberin Tichy unter Worten des Abscheus die erste Proklamation durch; nach Erfassen ihres Inhalts fordert die Tichy die Pfofa, erregt über die darin enthaltene Beleidigung der Tschechen, auf diese Abschrift zu verbrennen, was diese auch nach einiger Zeit an einer Kerze tat. Da bei der Pfofa „eine reine Entrüstungsverbreitung vorliegt“, wurde sie, obwohl sie die Proklamation gelesen hatte, nicht verurteilt. Aber durch die minderjährige Tochter der Tichy gelangte die Abschrift zu dem bei ihr wohnhaften Staatsgewerbeschüler Deicek. Was ist das Verbrechen des 17-jährigen Sündensünder? Er „machte sich eine Abschrift und legte sie auf den Tisch“; er wurde zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt. Mit ihm wohnt der Handelsakademiker Stodleba, der 18 Jahre alt ist. Dieser 18-jährige Student Stodleba „kommt nach Hause und will Rechenaufgaben machen. Dabei sucht er Papier und findet die auf dem Tische liegende Proklamation.“ Er macht sich eine Abschrift und nimmt sie in die Schule mit und liest sie dort den Schülern vor. Er wurde, da er, weil er noch nicht 20 Jahre alt ist, auch von dem Gericht des Dr. König nicht zum Tode verurteilt werden konnte, zu 12 Jahren schweren Kerkers verurteilt!

Wir sind nun in der Schule und dort setzt sich das „hochverräterische Unternehmen“ fort. Es wurden nämlich alle Schüler, die der Vorlesung der Proklamation angehört hatten, angeklagt und verurteilt. Verurteilt wurden zu 18 Monaten schweren Kerkers: Pavlat (17 Jahre alt), Davrane (17), Gsch (18), Kovak (17), Adamec (15), Bajgar (17), Rahunel (15), Duf (17). Verurteilt wurden zu einem Jahr schweren Kerkers: Remec (19 Jahre alt), Gruby (16), Seveik (17), Demel (17), Kepr (18), Pelisfel (16), Botur (18), Balti (17), Jabornik (16), Kopriva (17), Pittaner (16). Alle die 15- bis 18-jährigen Knaben wurden, weil sie die Proklamation angehört haben und keine Anzeige erstattet, in den Kerker geschickt; die eine Vorlesung hat 24 1/2 Jahre schweren Kerkers ergeben!

Aber damit ist die Sache noch immer nicht zu Ende! Einer der Handelsakademiker, der 16-jährige Josef Dudec, hat die Proklamation, als sie der Stodleba vorlas, mitstenoographiert und derart eine „Abschrift“ erlangt. Er zeigte sie seinem Freunde, dem Schüler der zweiten Gewerbeschule, Veran, und vernichtete sodann das Stenogramm. Diesen 16-jährigen Knaben hat man nun, weil er das Stenogramm seinem Freunde zeigte, zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt! Dieser Freund Wenzel Veran ist gleichfalls erst 16 Jahre alt; er zeigte die Abschrift einem Schulkollegen, der sie las und zwei anderen zeigte. Der erste erhielt 10 Jahre schweren Kerkers, die beiden anderen je ein Jahr. Der Quartiergeber des ersten Schülers, ein Schneidergeselle, schrieb den Text ab und zeigte ihn in der Werkstätte, er wurde zum Tode verurteilt, ein Schneidergeselle erhielt drei Jahre schweren Kerkers, ein zweiter, der sie einem Lehrling gezeigt, wurde zum Tode verurteilt.

Der Zuschneider Divisch steckte das Fehchen Papier ein, ohne zu wissen, daß die Proklamation darauf stand. Bei ihm scheint die Sache aufgefunden zu sein; „hier feste dann die Tätiigkeit der Polizei ein, die dann den Weg der Proklamation nach rückwärts verfolgte“. So ist aus der Abschrift, die die Aurelie Kolik ihrem Onkel schickte, die Verurteilung von 39 Menschen entstanden; so hat man sechs Todesurteile und 91 Jahre schweren Kerkers zusammengebracht!

Rechtgewicht der Feldpostpäckchen. Wie für Briefe, Drucksachen, Warenproben und Pakete ist auch für Feldpostpäckchen eine Gewichtsgrenze festgesetzt worden, über welche bei diesen Sendungen nicht hinausgegangen werden darf. Diese Gewichtsgrenze beträgt 500 + 50, also höchstens 550 Gramm.

Feldpostpäckchen über 50 Gramm müssen frankiert eingekleidet werden und dürfen — einschließlich des zugelassenen Uebergewichts — wiegen:

- a) mit 10 Pf. frankiert höchstens 275 Gramm,
 - b) mit 20 Pf. frankiert höchstens 550 Gramm;
- Feldpostpäckchen über 550 Gramm anzunehmen ist den Postanstalten streng verboten. Solche Sendungen sollen vielmehr gleich bei der Annahmestelle zurückgewiesen und von der Beförderung ausgeschlossen werden. Sollten trotzdem Feldpostpäckchen über 550 Gramm infolge unterlassener genauer Nachwiegung angenommen werden oder versehentlich zur Absendung kommen, so müssen die Absender gewärtigen, daß solche Päckchen an sie zurückgelangen, wenn unterwegs bei Sammelstellen oder anderswo das Uebergewicht der Päckchen festgestellt wird.

Die strenge Durchführung dieser Vorschrift ist aus betriebstechnischen Gründen und um eine pünktliche, schnelle Uebersmittlung zu sichern, erlassen.

Die Feldpostpäckchen sind Briefsendungen und müssen auf dem schnellsten Wege in Briefsäcken an die Front, und zwar unmittelbar zu den Truppen, befördert werden.

Zu schwere Päckchen beschädigen und zerdrücken andere Sendungen, ferner belasten sie die Beförderungsmittel derart, daß die schnelle Beförderung der Sendungen nach der Front zum Schaden der Absender und Empfänger im allgemeinen darunter leidet.

Darum unterlasse jeder die unnötige Belastung der Feldpost mit zu schweren Feldpostpäckchen und mache bei schwereren Sendungen über 550 Gramm von dem Feldpaket Gebrauch; das Franko hierfür beträgt bis 5 Kilogramm nur 25 Pf.

Aus den Organisationen.

Brieg-Bunow. Seit längerer Zeit hatten wir am Montag, den 21. August, wieder einmal die Möglichkeit, eine Versammlung des Wahlvereins abzuhalten. Gen. Carl Reid-Berlin referierte über die Kohlenlieferung im Winter. Der Referent schilderte die tatsächliche Lage und ihre Ursachen. Im eingehenden behandelte der Redner die neue Verordnung über die Kohlenbelieferung und legte dar, daß immer wieder die erwerbstätige Bevölkerung bei allen Verordnungen am härtesten betroffen werde. Die hohen Preise für Kohlen führten im umgekehrten Verhältnis zu den hohen Gewinnen der Kohlenzwehen. Hier zeigte sich die Gemeingefährlichkeit kapitalistischer Produktion, welche die Naturkräfte vom Profitstandpunkte aus verwerte. Nur eine sozialistische Produktionsweise könne bessern, die dürfe sich aber nicht lediglich auf die Vergesellschaftung der Kohlenaruben beschränken, sondern sie müsse allgemein sein. Die Diskussion brachte verschiedene Klagen über die örtliche Lebensmittelversorgung zu Tage. Eine Frau berichtete über eine im Kriegsernährungsamt persönlich angebrachte Beschwerde, weil einer ganzen Anzahl Brieger Einwohnern der ihnen zugehörige Jucker nicht geliefert worden sei. Die Beschwerde hatte vollen Erfolg, was ein in der Versammlung anwesender Gemeindevertreter anerkennend bestätigte. Andere Klagen richteten sich gegen unrichtige Verteilung der Lebensmittel und gegen die den Käuferinnen zuteil werdende Behandlung. Ein anderer Vertreter der Gemeinde legte die Schwierigkeiten der gemeindlichen Belieferung dar, um nachzuweisen, daß die Gemeinde alles tue, um den Einwohnern gerecht zu werden. Es sei eine Lebensmittelkommission eingesetzt, in die auch Frauen Aufnahme finden, die alle Beschwerden prüfen sollte. Der Verlauf der sehr anregenden Debatte zeigte, wie notwendig und nützlich die Versammlung war.

Aktion Mitglieder Neuköllns! Das Büro der U. S. P. D., Neudorstraße 3, ist von jetzt ab geöffnet in der Zeit von mittags 12 Uhr bis abends 8 1/2 Uhr. Die Jugendweibe findet statt am Sonntag, den 23. September, vorm. 10 Uhr, Bergstraße 151/52, in Herrn Blanks Lichtspiele. Teilnehmen kann jedes Kind ohne Rücksicht auf die Konfession. Anmeldung bis spätestens 15. September im Sekretariat, Neudorstraße 3, erbeten. Der Vorstand.

Unabhängiger sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für
Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Büro: Neukölln, Neudorstr. 3, Laden. Tel.: Neukölln 1894.

Mittwoch, den 5. September 1917, abends 8 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

- Adlershof: Rest. Lehmgrübner, Bismarckstr. 2.
 - Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 4.
 - Neukölln: Passage-Festhale, Bergstr. 151.
 - Schöneberg: Schwärzer Adler, Souppstr. 144.
- Zahlreichen Besuch erwartet Der Kreisvorstand.

Verantw. Redakteur: C. Reid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5.

Drud: Maurer & Dimmick, Berlin, Köpenicker Str. 38-39.